

L

K

V

Nachrichten



Flur
bereini-
gung

Zusammen-
legung

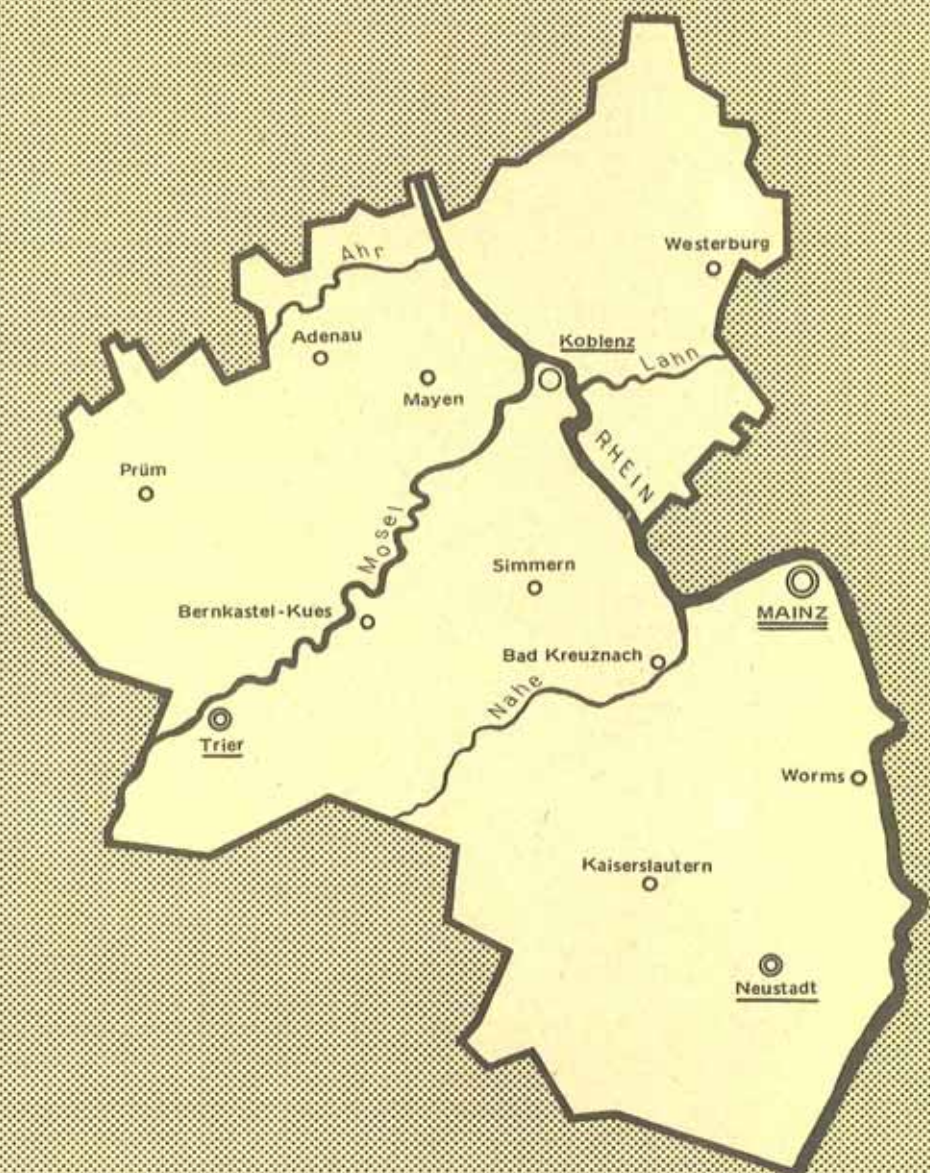
Wegebau

Landes-
pflege

Dorf
erneue-
rung

Wasser-
wirtschaft

Einzel-
betriebliche
Förderung



1/1984

Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz

3

Herausgegeben vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten — Abteilung Landeskultur — Mainz
Schriftleitung: Regierungsdirektor H. Wolf, Amtsrat H. Jens
Gestaltung und Druck: Abteilung Landeskultur

Schriftleitung der
LKV-Nachrichten

Mainz im Dezember 1984

An unsere Leser

Auch die Schriftleitung war 1984 mit Tagesarbeit stark überlastet. So erscheint die dritte Ausgabe verspätet, aber nicht zu spät, gleichsam als "Weihnachtspräsent".

Wir wünschen den Lesern ruhige und beschauliche Tage und neben Gesundheit eine Portion "landeskulturellen Mut" für 1985.

Ihre Schriftleitung

Die
LKV-Nachrichten
wünschen den
Mitarbeiterinnen
und
Mitarbeitern
der
Landeskulturverwaltung
nach einem
ereignisreichen
Jahr
ein gesegnetes
Weihnachtsfest
und ein
gesundes, erfolgreiches
neues Jahr.





Erwerb von Grundstücken für Zwecke der Landespflege in
der Flurbereinigung
3 Millionen Landesmittel

Es entspricht dem Willen der Landesregierung, die Flurbereinigung künftig in noch stärkerem Maße zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege einzusetzen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, daß in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz ökologisch wertvolle Flächen, die im Eigentum von Privatpersonen stehen, gegen Geld erworben oder gegen anderes Land eingetauscht und durch den Flurbereinigungsplan in öffentliches Eigentum überführt werden können.

Deshalb wurden im Haushaltsplan 1984/85 für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege für das Haushaltsjahr 1984 1.750.000 DM und für das Haushaltsjahr 1985 1.250.000 DM bereitgestellt. Die Verwendung dieser Mittel ist in der Verwaltungsvorschrift über die Förderung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz vom 17. Juli 1984 (MinBl. S. 349) näher geregelt. Hiernach können der Teilnehmergemeinschaft zum Erwerb von Grundstücken

1. auf denen ökologisch wertvolle Landschaftsbestandteile sich befinden oder auf denen zur nachhaltigen Verbesserung des Naturhaushaltes Biotope geschaffen oder erweitert werden sollen,
2. die gegen Flächen der in Nummer 1 bezeichneten Art durch den Flurbereinigungsplan ausgetauscht werden,

Zuschüsse bis zur Höhe der Erwerbskosten gewährt werden.

Mit den für das Haushaltsjahr 1984 bereitgestellten Mitteln wurden insgesamt 97,80 ha Flächen in den Bodenordnungsver-

fahren erworben. Hiervon entfallen auf die einzelnen Regierungsbezirke folgende Flächen:

Regierungsbezirk Koblenz	44,40 ha	431.000,-- DM
Regierungsbezirk Trier	39,40 ha	310.100,-- DM
Regierungsbezirk Rheinh.-Pfalz	14,00 ha	1.008.900,-- DM

Die Landeskulturverwaltung hat die Bereitstellung dieser Mittel sehr begrüßt, weil sie mit dieser Finanzierungshilfe - über den landespflegerischen Auftrag des Flurbereinigungsgesetzes hinaus - einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Erhaltung von Natur und Landschaft leisten kann. Erste Erfahrungen lassen vermuten, daß die Nachfrage nach Mitteln zum Erwerb von Grundstücken für landespflegerische Zwecke zunimmt. Die Landeskulturverwaltung hofft deshalb, daß diese Finanzierungshilfe auch künftig beibehalten wird.

Die LKV-Nachrichten werden über interessante Teilaspekte dieser neuen Förderungsmaßnahme in einer ihrer nächsten Ausgaben berichten.

Aus der Regierungserklärung des Herrn Staatsministers
Otto Meyer am 28.06.1984 zum Thema "Landwirtschaft und Umwelt
vor dem Landtag Rheinland-Pfalz mit speziellem Bezug zu
Flurbereinigung und Umwelt

Die Vorwürfe gegenüber der Flurbereinigung, sie begünstige die Bodenerosion, gefährde die Artenvielfalt von Flora und Fauna durch Ausräumung der Landschaft und verschlechtere das Landschaftsbild, orientieren sich weitgehend an den Ergebnissen älterer Flurbereinigungen, die noch während der Geltungsdauer des früheren Flurbereinigungsgesetzes (1953 bis 1976) geplant worden sind.

Zwischenzeitlich hat jedoch ein Umdenkungsprozeß bezüglich der umweltpolitischen Aufgaben der Bodenordnung stattgefunden, der seinen Niederschlag in der Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes im Jahre 1976 sowie in zahlreichen Verwaltungsvorschriften gefunden hat und der zusätzlich durch das Bundesnaturschutzgesetz und die §§ 4 - 6 des Landespflegegesetzes erzwungen wird.

Die landespflegerische Komponente der Flurbereinigung ist durch diese Rechts- und Verwaltungsvorschriften ganz erheblich verstärkt und zu einem eigenständigen landespflegerischen Erhaltungs-, Gestaltungs- und Ordnungsauftrag für die land- und forstwirtschaftlich genutzte Landschaft weiterentwickelt worden.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Möglichkeit, im Rahmen von Bodenordnungsverfahren Flächen für landespflegerische Zwecke auszuweisen.

Im Haushalt ist ein neuer Titel "Zuschüsse zum Erwerb von Grundstücken im Rahmen von Bodenordnungsverfahren für Zwecke der Landespflege" geschaffen worden, der 1984 mit 1,75 Mio. DM und 1985 mit 1,25 Mio. DM ausgestattet wurde.

In dieser Neuausrichtung der Flurbereinigung, die sich auch auf den dörflichen Entwicklungsbereich bezieht, sieht die Landesregierung einen bedeutsamen Schritt zum Abbau der Konflikte zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf die Klischeevorstellung der "maschinengerechten Landschaft" eingehen, die von der Flurbereinigung angeblich geschaffen wird.

Wir haben durch Auswertung einer sehr großen Zahl von Verfahren festgestellt, daß die durchschnittliche Schlaglänge in Ackerverfahren in unserem Land bei weniger als 300 m liegt.

Die durchschnittliche Größe der neuen Grundstücke nach abgeschlossener Flurbereinigung liegt zwischen 1,5 und 2 ha.

Bei derartigen Größenordnungen kann doch wirklich nicht, wie das immer wieder stereotyp behauptet wird, von der Schaffung großräumiger und eintöniger Produktionslandschaften gesprochen werden.

Prüfungen der Kulturämter durch den Rechnungshof im Jahre 1984

Auch das Jahr 1984 war und ist durch die Prüfungen des Rechnungshofes geprägt. Geprüft wurden die Kulturämter Worms, Trier, Simmern, Prüm und Westerburg und die Luftbild- und Rechenstelle in Mainz. Bemerkenswert ist, daß der Rechnungshof bei den genannten Kulturämtern insgesamt eine wesentlich geringere Anzahl von kw-Vermerken gefordert hat als dies bei den ersten 5 geprüften Ämtern im Jahre 1983 der Fall war. Mit Genugtuung wurde zur Kenntnis genommen, daß nach Auffassung des Rechnungshofes bei den Kulturämtern Worms und Westerburg auch unter Berücksichtigung der dort entbehrlichen Stellen insgesamt ein Personalmehrbedarf besteht, der durch den festgestellten Arbeitsvorrat begründet ist.

Es ist damit zu rechnen, daß die Prüfung der Kulturämter zum Gegenstand des Jahresberichtes 1984 gemacht wird. Der Rechnungshof wurde schriftlich gebeten, in diesem Fall darauf zu achten, daß in gleichem Maße wie die geforderte Stelleinsparung auch der festgestellte Personalmehrbedarf in das Zahlenwerk Eingang findet. Ob dieser Bitte Rechnung getragen wird, bleibt abzuwarten. Da der Jahresbericht in der Presse ein breites Echo findet, hoffen wir, daß entsprechend verfahren wird.

Im einzelnen führte die diesjährige Prüfung der Kulturämter zu folgendem Ergebnis:

Kulturamt	Stellen Personal- mehrbedarf	Einzusparende Stellen	ku-Vermerke
Worms	10,6	.	9
Trier		16,0	26
Simmern		14,5	17
Prüm		1,0	10
Westerburg	3,0		4
Lurest Mainz		9,25	6
	13,6	40,75	72
Einzusparende Stellen		40,75	
./.. Stellenmehrbedarf		13,60	
Sa. der einzusparenden Stellen		27,15	

Weiterhin nicht befriedigend ist die Bewertung der Stellen durch den Rechnungshof. Auch bei der diesjährigen Prüfung wurden durchgehend die Spitzenstellungen im gehobenen Dienst (Verg.Gr. III Fallgr. 1 b BAT in Verwaltung und Kulturbau - soweit es sich nicht um Inhaber herausgehobener Dienstposten handelt -) und im mittleren Dienst (Verg.Gr. V b Fallgr. 1 c BAT) beanstandet. In dieser Frage bestehen weiterhin unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Rechnungshof und der Landeskulturverwaltung.

Prüfung des Ministeriums durch den Rechnungshof

Inzwischen hat der Rechnungshof auch beim Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten eine umfassende Prüfung der Organisation und des Personalbedarfs durchgeführt. Die Prü-

fung dauerte ca. 3 Monate und erstreckte sich u.a. auch auf die Referate der Abteilung 4 - Landeskulturverwaltung - sowie die Spruchstelle für Flurbereinigung.

Nach dem Ergebnis der Prüfung sind

- zwei Stellen des höheren Dienstes
- drei Stellen des gehobenen Dienstes
(unter Einbeziehung der Beamten in der Gruppe "Verfahrenstechnik" bei der Luftbild- und Rechenstelle - Kap. 07 40)
- eine Stelle des mittleren Dienstes

entbehrlich.

Tarifliche Beanstandungen wurden nicht erhoben.

Abgabe von Personal der Landeskulturverwaltung an Behörden des ökologischen und technischen Umweltschutzes

Der Landtag hatte durch Beschluß vom 17.02.1984 um Prüfung gebeten, ob und in welchem Umfang Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung und der Straßenbauverwaltung für Aufgaben im Bereich des ökologischen und technischen Umweltschutzes eingesetzt werden können.

Im Vollzug dieses Beschlusses hatte das Sozialministerium, in dessen Geschäftsbereich die betreffenden Behörden fallen, mitgeteilt, bei welchen Dienststellen Tätigkeitsfelder für Mitarbeiter der genannten Behörden bestehen und um welche Aufgaben es sich im einzelnen handelt. Nach Unterrichtung der Kulturämter durch die Bezirksregierungen haben ca. 30 Mitarbeiter an einem Arbeitsplatzwechsel Interesse gezeigt. Die betreffenden Mitarbeiter und ihre Versetzungswünsche wurden in einer "Transferliste" zusammengestellt und dem Sozialministerium zugeleitet. Die Prüfung, inwieweit den Wünschen nach einem Arbeitsplatzwechsel entspro-

chen werden kann, dauert noch an. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß alle Mitarbeiter auf den gewünschten Arbeitsplatz wechseln können.

Die Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung schreibt:

Nach Installation der ersten Mikrocomputersysteme VICTOR 9000 - für die ein Datenträgeraustausch mit der Luftbild- und Rechenstelle möglich wurde - kann in der Landeskulturverwaltung zwischen zentraler und dezentraler Datenverarbeitung unterschieden werden.

Mit dem an bereits fünf Kulturämtern bereitgestellten Rechnersystem wird erstmals die dezentrale Erfassung und Bearbeitung von Daten mit einem einheitlichen System eingeführt. Die weiteren Kulturämter sollen nach Bereitstellung der Haushaltsmittel im Jahr 1985 mit dem System ausgerüstet werden. Zum Rechner gehören eine Zentraleinheit mit Bildschirm, Tastatur und als Datenspeicher zwei Diskettenlaufwerke. Daneben sind ein Drucker und ein Digitalisierungstisch angeschlossen. Durch diese Geräte werden die bisher bei den Kulturämtern eingesetzten Digimeter und unterschiedlichen Tischrechner ersetzt.

Mittlerweile steht ein umfangreiches Programmpaket zur Verfügung.

Schwerpunkt der Programmierung werden im kommenden Jahr die Arbeiten zur "Digitalisierung - Neuer Bestand", sowie zur Blockteil- und Zuteilungsberechnung sein. Danach ist an den weiteren Ausbau der kulturbautechnischen Programme und an die Entwicklung eines Programmpaketes zur Unterstützung der Arbeiten des Verwaltungsbüros gedacht.

In der zentralen Datenverarbeitung sind die Arbeiten für den Druck der Register des neuen Bestandes in der Flurbereinigung weiter fortgeschritten, so daß im vergangenen Jahr vor allem mit dem Abfindungsnachweis "Ausgleiche und Entschädigungen" ein entscheidender Schritt zugunsten bürgerfreundlicher Ausgestaltung von Computervordrucken und verständlicher Dokumentation von Verwaltungshandeln unternommen wurde. Mit der Möglichkeit, die Mehr- bzw. Minderabweisungen durch Standardformulierungen unter Angabe der jeweiligen Rechtsnorm zu begründen, ist eine Vereinheitlichung eingeführt worden, die sich schon in den ersten Flurbereinigungsverfahren bewährt hat.

Seit Inkrafttreten der Registerrichtlinien vom 03.12.1982 konnten in den neu eingeleiteten Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren die Katasterangaben für über 40 % der bearbeiteten Gemarkungen auf maschinenlesbaren Datenträgern übernommen werden. Damit wurde ein wesentlicher Rationalisierungseffekt erzielt.

Die Meinung der Landbevölkerung in Bayern über die Flurbereinigung

Wie kaum ein anderes öffentliches Vorhaben greift die Flurbereinigung in den Lebensbereich der Landbevölkerung ein. Die öffentliche Wirkung von Flurbereinigungsmaßnahmen wird deshalb in zunehmendem Maße für die betroffenen Verwaltungen spürbar. Der Eindruck, den die Flurbereinigung in der Öffentlichkeit hervorruft, beruhte überwiegend auf Vermutungen oder stützte sich auf Erhebungen, die nur für einen eng begrenzten lokalen Bereich Gültigkeit hatten.

Eine umfassende Dissertation (Michael Stumpf: Lösungsansätze zur Verbesserung des Öffentlichkeitsbezuges im Flurbereinigungsverfahren, Technische Universität München 1981) befaßt sich mit der Einstellung der Landbevölkerung in Bayern zur Flurbereinigung und erarbeitet Lösungsansätze für eine Verbesserung des Meinungsbildes.

Untersucht wurden 98 Flurbereinigungsverfahren in Bayern mit Besitzübergang in den Jahren 1973 bis 1978. Der angesprochene Personenkreis umfaßte schwerpunktmäßig den landwirtschaftlichen Bevölkerungsteil, d.h. Bürgermeister, Vorstandsmitglieder der Teilnehmergeinschaften, Ortsobmänner des Bauernverbandes, Landwirtschaftsmeister und örtliche Repräsentanten der Landfrauen- und Landjugendorganisationen. Hinzu kamen die Vorstände einer standardisierten Auswahl häufig anzutreffender Vereine (Freiwillige Feuerwehr, Schützen- und Sportvereine usw.).

Die Untersuchung brachte im Ergebnis eine unerwartet hohe Wertschätzung, die der Flurbereinigung von den Meinungsführern des ländlichen Raumes entgegengebracht wird. Eine solch positive Einstellung war - trotz des ausgewählten Personenkreises - nicht zu erwarten. Obwohl die bereits einige Jahre zurückliegenden Befragungsergebnisse die Stimmungslage des Jahres 1984 nicht mehr zutreffend kennzeichnen, erscheint uns diese in ihrem Umfang wohl einmalige Befragung zum Stimmungsbild der Landbevölkerung über die Flurbereinigung sehr lesenswert.

Wir verzichten auf die zwangsläufig unvollständige Wiedergabe möglichst vieler Gesichtspunkte dieser interessanten Abhandlung und beschränken uns auf den Teilaspekt "Information durch die Flurbereinigungsbehörde".

Das Informationsangebot der Flurbereinigungsbehörde wurde nur von 49 % der befragten Meinungsführer als gut und von 15 % als schlecht bezeichnet. Von den Bestimmungsfaktoren des Gesamteindrucks wurde damit das Informationsangebot am schlechtesten bewertet.

Bezogen auf den Durchschnittsteilnehmer wäre das Ergebnis noch weiter abgefallen, wenn es nicht durch die wegen ihrer besonderen Funktionen gut informierte Gruppe der Bürgermeister bzw. örtlich Beauftragten der Teilnehmergemeinschaft und deren überdurchschnittlich hohe Zustimmungquote (74 %) aufgewertet würde. Die Befragung brachte auch eine unseres Erachtens interessante Wertung und Abstufung der verschiedenen Maßnahmen zur Informationsgestaltung. Überraschend war, daß gerade Informationsmittel, denen eine allgemein große Wirksamkeit zugeschrieben wird, bei der Bevölkerung weniger ankommen oder gar nicht zur Kenntnis genommen werden. Aus der Sicht der Teilnehmer ergibt sich hinsichtlich der Wirksamkeit der Information folgende Abstufung:

Teilnehmerversammlungen	25 %
Außendienstsprechstunden	17 %
Öffentliche Vorstandssitzungen	15 %
Beiträge in der Tageszeitung	11 %
Beiträge in Fachzeitschriften	8 %
Informationsbroschüren	7 %
Beiträge im Fernsehen	6 %
Aufklärungsarbeit in Schulen	4 %
Beiträge im Landfunk	3 %

Nur 2 % vertraten die Auffassung, ihr persönlicher Einblick reiche zur Beantwortung der Frage nicht aus (keine Meinung). Weitere 2 % hielten keine Verbesserung des Informationsangebotes für notwendig.

Die Meinung der Landbevölkerung zum Informationsangebot der Flurbereinigungsbehörden in Bayern, die wohl ohne weiteres auch auf Rheinland-Pfalz übertragen werden kann, gibt sicherlich zum Nachdenken Anlaß.

Wollen die Flurbereinigungsbehörden dem inzwischen noch gestiegenen Informationsbedürfnis der Teilnehmer gerecht werden, müssen sie mehr Teilnehmerversammlungen, Außendienst-sprechstunden und öffentliche Vorstandssitzungen abhalten sowie mehr Beiträge in den Tageszeitungen und Fachzeitschriften veröffentlichen.

Die LKV-Nachrichten sind sehr daran interessiert, zum Thema "Informationsangebot" die Meinungen unserer Leser zu erfahren.

Widerspruchsverfahren vor der Spruchstelle

In den LKV-Nachrichten 1983 haben wir über den Zusammenhang zwischen der Zahl der Ordnungsnummern und der Anzahl der Widersprüche berichtet, die der Spruchstelle zur Entscheidung vorgelegt wurden. Die nachfolgende Übersicht zeigt die von den Kulturämtern in den Jahren 1976 bis 1983 vorgelegten Widersprüche gegen Flurbereinigungs- und Zusammenlegungspläne im Verhältnis zur Gesamtzahl der Teilnehmer (Spalten 1 bis 3).

In den Spalten 4 bis 6 werden außerdem die Widersprüche erfaßt, die gegen die Feststellung der Ergebnisse der Wertermittlung, gegen die Vergabe des Masselandes und gegen die von der Spruchstelle angeordneten Änderungen erhoben wurden.

Jahr	Teilnehmer	Widersprüche gegen Flurbereinigungs- u. Zusammenlegungspläne		Werter- mittlung	Widersprüche gegen Vergabe des Masselandes		Summe aller Widersprüche (Sp.2,4 u.6)
		Zahl	%	Zahl	Zahl	Zahl	Zahl
	1	2	3	4	5	6	7
1976	13.770	297	2,15	5	6	12	320
1977	13.175	294	2,23	8	5	27	334
1978	13.700	293	2,14	14	30	14	351
1979	14.240	367	2,58	11	24	22	424
1980	13.840	301	2,17	14	5	25	345
1981	15.020	430	2,86	12	16	17	475
1982	12.952	271	2,09	19	4	21	315
1983	12.234	399	3,26	25	8	12	444

Summe 108.931 2.655 108 97 148 3.008

Ø 8 Jahre 13.616 332 2,44 15 12 18 376

Bemerkenswert ist, daß im Durchschnitt der 8 Jahre der Spruchstelle die "Planwidersprüche" von nur 2,44 % der Verfahrensteilnehmer zur Entscheidung vorgelegt werden mußten (Spalte 3). Die "Widerspruchsintensität" in Rheinland-Pfalz ist damit insgesamt sehr gering und liegt nur unwesentlich höher als in anderen vergleichbaren Bundesländern. Die Fachabteilung des Ministeriums beabsichtigt dennoch, die Ursachen für diese - wenn auch nur geringe - Abweichung festzustellen. Die LKV-Nachrichten werden in einer ihrer nächsten Ausgaben über die Ergebnisse dieser Nachprüfung berichten.

Die Zahl der Widersprüche gegen die Feststellung der Ergebnisse der Wertermittlung (Spalte 4) ist gering, in der Tendenz jedoch leicht ansteigend. Offenbar werden die Ergebnisse der Wertermittlung von den Teilnehmern heute eher als früher in Frage gestellt und um Überprüfung durch die Spruchstelle nachgesucht.

Bei der Vergabe des Masselandes ist die Zahl der Widersprüche in den einzelnen Jahren sehr unterschiedlich. Eine steigende Tendenz ist hier noch nicht erkennbar. Die Bedenken, die verschiedentlich gegen das nunmehr durch Verwaltungsvorschrift geregelte Vergabeverfahren erhoben wurden, finden in der Zahl der Widersprüche keine Stütze.

Über das Verhältnis der bei den Kulturämtern eingelegten Widersprüche zur Anzahl der Teilnehmer liegen aus dem fraglichen Zeitraum keine vollständigen Erhebungsunterlagen vor. Nach den bei der Spruchstelle eingegangenen Mitteilungen haben im Anhörungstermin nach § 59 zwischen 5 % und 30 % der jeweiligen Verfahrensteilnehmer Widerspruch erhoben. Wenn diese Prozentanteile auch nicht die Besonderheiten des einzelnen Verfahrens kennzeichnen, so wird hierdurch zumin-

dest der bisweilen erhobene Vorwurf widerlegt, die Mehrheit der Teilnehmer sei mit dem Ergebnis der Flurbereinigung oder beschleunigten Zusammenlegung unzufrieden. Die Fachabteilung des Ministeriums wird allerdings der Frage nachgehen, ob und durch welche Maßnahmen die Zahl der Widersprüche bei den Kulturämtern gesenkt werden kann.

Auch hierüber werden die LKV-Nachrichten zu gegebener Zeit berichten.

Jetzt vom Nutzen der Flurbereinigung überzeugt

Das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Hottenbach im Kulturamtsbezirk Bad Kreuznach wurde am 4. März 1980 eingeleitet. Gegen die Einleitung dieses Bodenordnungsverfahrens hatten 84 Teilnehmer Widerspruch erhoben. Neben den allgemein bekannten Einwänden gegen eine Bodenordnung wurde von den Gegnern der Flurbereinigung insbesondere vorgetragen, die landwirtschaftlichen Betriebe hätten sich durch Pacht und Nutzungstausch selbst geholfen und besäßen ausreichend große Wirtschaftsflächen.

Auf Anweisung der Bezirksregierung wurde bei 17 Haupterwerbs- und 9 Nebenerwerbsbetrieben eine ergänzende Pachtflächenermittlung vorgenommen, durch welche die Argumentation der Widerspruchsführer im wesentlichen widerlegt wurde. Alle Betriebe wiesen auch unter Berücksichtigung der Pacht einen mehr oder weniger hohen Grad an Flurzersplitterung auf. Nur 13 % der insgesamt 237 Pachtgrundstücke grenzten an die Eigentumsflächen an.

Die Bezirksregierung hat daraufhin - gestützt auf die Pachtflächenermittlung - die Widersprüche gegen den Einleitungs-

beschluß zurückgewiesen. Auch die gegen die Widerspruchsbescheide der Bezirksregierung erhobenen 60 Klagen wurden vom Flurbereinigungsgericht mit der Begründung abgewiesen, durch die Pachtflächenermittlung sei die Flurzersplitterung in der Gemarkung Hottenbach nachgewiesen und durch die Pacht sei eine ausreichende Zusammenlegung nicht erreicht worden. Die Entscheidung des OVG führte zu einer erkennbaren Wende in der Einstellung der Beteiligten. Anfang 1983 wurde der Vorstand gewählt. Mit der Wahl des Vorstandes trat Ruhe in das Verfahren ein. Bereits bei der Wertermittlung zeigte sich die Bereitschaft der Beteiligten, konstruktiv am Verfahren mitzuarbeiten. So waren beispielsweise Traktoren und Gräber für die Wertermittlung stets verfügbar. Der Wille des Vorstandes, aus dieser Flurbereinigung das Beste zu machen, wurde besonders bei der Erörterung des Neueinteilungsplanes (Plan über die wegfallenden Wege, zusammenfassende Blöcke, Ausbau von Wegen und Gewässern, Landschaftspflege) deutlich. In allen Punkten hat die Flurbereinigungsbehörde mit dem Vorstand Einvernehmen erzielt. Der wohl positivste Effekt im Vergleich zu anderen Flurbereinigungen liegt im Bereich der Landschaftspflege. Alle Landschaftselemente der Bewertungsstufen I und II werden erhalten. Die Gemeinde hat bereits beschlossen, anstelle der fortfallenden Wirtschaftswege ökologisch wertvolle Flächen (rd. 7 ha) zu übernehmen. Der Vorstand schloß sich auch der Vorstellung des Kulturamtes an, mehrere Vorfluter zu bepflanzen.

Offenbar sind auch die Gegner der Flurbereinigung in Hottenbach inzwischen zu besserer Einsicht gekommen.

Einfluß der Bodenordnung auf die Bewirtschaftung
landwirtschaftlicher Betriebe in Rheinland-Pfalz

Die durchschnittliche Kostenersparnis für Arbeitserledigung, Betriebsstoffe und Schmieröl durch Bodenordnungsmaßnahmen beträgt 167,-- DM je ha und reicht in Einzelfällen bei besonders starker Zusammenlegung der Wirtschaftsstücke bis zu 850,-- DM je ha.

Dies ergab eine Untersuchung von 59 landwirtschaftlichen Betrieben aus fünf Bodenordnungsverfahren von Rheinland-Pfalz (davon 3 nach §§ 1/37 und 2 nach § 91 FlurbG) in den Kulturamtsbezirken Mayen, Westerburg, Kaiserslautern und Bernkastel, die im Anschluß an die "Pilotuntersuchung" über 13 landwirtschaftliche Betriebe durchgeführt worden ist, deren Ergebnisse in der KTBL-Schrift Nr. 237 im Jahre 1979 veröffentlicht wurden.

Die Ergebnisse der neuen Untersuchung wurden von Ministerialrat Paul Heinz Goldschmitt (Mainz) und Regierungsrat Hans Werner Baur (Westerburg) in einer umfassenden Studie zusammengestellt und interpretiert¹⁾. Sie weisen aus, daß

- das durchschnittliche Zusammenlegungsverhältnis aller HE und NE bei 3,1 zu 1 liegt
- die mittlere Schlaggröße aller Betriebsgrößen 1,34 ha ausmacht (HE 1,61 ha, NE 0,97 ha)
- die mittlere Schlaglänge von 113 m auf 172 m vergrößert wurde (HE von 123 m auf 184 m).

1) Paul Heinz Goldschmitt, Hans Werner Baur

"Der Einfluß von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz auf die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe in Rheinland-Pfalz" (wird 1985 veröffentlicht)

Weitere Ergebnisse betreffen die Veränderung der Hof-Feld-Ertfernung, die Schlagform und insbesondere einen Vergleich der erzielten Ergebnisse zwischen den Verfahrensarten § 1 und § 91 FlurbG. Die Gesamtergebnisse werden den Kultur-ämtern 1985 zur Verfügung stehen.

30 Jahre Spruchstelle für Flurbereinigung

Die Spruchstelle für Flurbereinigung wurde vor 30 Jahren ins Leben gerufen.

Die erste Sitzung der Spruchstelle fand am 10. Juni 1954 statt. Den Vorsitz führte von 1954 bis 1957 der spätere Leiter der Abteilung Landeskultur im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Ministerialdirigent Karl-Anton Mayer und von 1957 bis 1969 Ministerialrat Rudolf Wenzel. Seit 1969 ist Ministerialrat Herbert Staab Vorsitzender der Spruchstelle. Von den beamteten Beisitzern sind Ministerialrat Franz Haag, Vermessungsdirektor Albert Arlt, Ministerialrat Horst Ullrich, Vermessungsdirektor Hans-Georg Goedert und Regierungsdirektor Günter Emig zu erwähnen, die während ihrer langjährigen Tätigkeit als "Berichterstatter" der Spruchstelle eine Vielzahl von Widerspruchsfällen bearbeitet haben.

Beleuchtet man die Tätigkeit der Spruchstelle näher, so fällt ins Auge, daß sie in hohem Maße zu einer Befriedung des Spannungsverhältnisses zwischen Verwaltung und Bürger beiträgt. Diese Mittlerrolle kommt vor allem in der großen Anzahl der durch Widerspruchsrücknahme und Vergleich beendeten Verfahren zum Ausdruck. Für die Jahre 1980 bis 1983 kann dies mit folgenden vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zur Verfügung gestellten Zahlen belegt

werden: Von 1.244 Widerspruchsverfahren endeten 467 (37,5 %) durch Zurücknahme des Widerspruchs, 516 (41,5 %) durch Abhilfeentscheidungen und nur 261 (21 %) durch Erlaß eines Widerspruchsbescheides. Der Grund für die hohe Befriedungswirkung liegt vor allem darin, daß der rechtsuchende Bürger in seinem Vertrauen zur Spruchstelle deshalb bestärkt wird, weil sie nicht nur mit Beamten, sondern auch mit praktischen Landwirten (Winzern) besetzt ist und weil die umfassende Erörterung des Streitstoffes im Ortstermin und in der mündlichen Verhandlung zu einer Versachlichung der Auseinandersetzung mit der Behörde führt. In diesem Zusammenhang ist weiter bemerkenswert, daß von den 261 Widerspruchsbescheiden, die die Spruchstelle von 1980 bis 1983 erlassen hat, nur 112 durch Klage beim Flurbereinigungsgericht in Koblenz angefochten wurden. Alles in allem wurden somit 91 % der an die Spruchstelle gelangten Streitfälle ohne ein verwaltungsgerichtliches Verfahren abgeschlossen.

Die Spruchstelle war seit 1954 mit rund 12.000 Widerspruchsverfahren befaßt. Aufgrund der hierbei gesammelten Erfahrungen kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß sich die Beteiligung von zwei Landwirten an den Entscheidungen über Widersprüche gegen die Ergebnisse der Wertermittlung und den Flurbereinigungsplan bisher gut bewährt hat. Zum einen bringen sie nämlich den Sachverstand des "Praktikers" in die Entscheidungen ein und erhöhen damit deren Qualität. Ihre Mitwirkung trägt aber zum anderen auch dazu bei, daß sich der rechtsuchende Bürger mit seinem im Widerspruchsverfahren an die Behörde gerichteten Anliegen besser verstanden fühlt. Deshalb kommt der Spruchstelle - ebenso wie in den zurückliegenden 30 Jahren - auch künftig eine bedeutsame Rolle als Mittlerin zwischen Verwaltung und Bürger zu.

(Vergleiche hierzu: Regierungsdirektor Günter Emig "Spruchstelle für Flurbereinigung des Landes Rheinland-Pfalz" Recht der Landwirtschaft 1984, S. 115)

Pilotprojekt Monorackbahn - alternative Erschließung
von Weinbergssteillagen, eine reale Möglichkeit?

In rheinland-pfälzischen Weinbaugebieten sind etwa 700 ha durch klassische Flurbereinigung nicht zu bereinigen. Diese Lagen sind gekennzeichnet durch übermäßiges Gefälle (60 %), Felspartien, instabiler Lage des Bodens (Rutschgebiete) und einem unvermeidbar hohen Arbeitsaufwand. Arbeitswissenschaftler rechnen hier mit jährlich bis zu 3.000 Arbeitsstunden/ha. Oft sind diese Lagen aber von bester Qualität und deshalb für den Weinbau zu erhalten.

Bei Ausführungskosten, die in extremen Fällen bis zu 400.000,-- DM/ha betragen und Wiederaufbaukosten von 60.000,-- DM/ha werden auch in Spitzenlagen des Weinbaus die Grenzen der Rentabilität überschritten.

In Enkirch/Mosel wurde der Versuch unternommen, eine Teilfläche von 2 bis 3 ha mit einer Einschienenbahn - Monorackbahn - zu erschließen und deren Einfluß auf die Produktionstechnik und Arbeitswirtschaft wissenschaftlich zu untersuchen. Die dafür benötigten Mittel in Höhe von 320.000,-- DM - davon 192.000,-- DM für Sachkosten und 128.000,-- DM für personelle Aufwendungen - stellte das Land Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Nach Einsatz der Monorackbahn auf etwa 2,5 ha in zwei Vegetationsperioden und drei Weinlesen kommt die Forschungsanstalt Geisenheim zu einer insgesamt positiven Beurteilung der Anlage, wobei insbesondere die Arbeitszeitverminderung von etwa 25 % hervorgehoben wird.

Des weiteren kann die Rentabilität durch Intensivierung der Bewirtschaftung und Erweiterung der Einsatzmöglich-

keiten der Bahn über reine Transportarbeiten hinaus verbessert werden. Insgesamt erweist sich die "Falliniener-schließung" der Weinberge gegenüber der "Schichtlinien-erschließung" als vorteilhafter.

Die jährlichen Nutzungskosten einschließlich Abschreibung und Verzinsung sind mit ca. 8.500,-- DM je ha Rebfläche ein bedeutender Kostenfaktor. Aber selbst bei diesem hohen Aufwand kann nach heutigem Kenntnisstand für die Erschließung der betreffenden Steilstlagen als Alternative zur Flurbe-reinigung mit Ausführungskosten von 300.000,-- DM bis 400.000,-- DM/ha auch ohne exakte Rentabilitätsaussagen nur die Installation einer Monorackbahn (Erstanschaffungs-kosten bis 80.000,-- DM je ha) in Betracht gezogen werden, zumal dabei die Frage der Technik als gelöst anzusehen ist.

Bei Einrichtung der Monorackbahn ist zu erwarten, daß die kostenaufwendigen Hubschrauberspritzungen wegfallen wer-den. Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Land-schaftsbildes sind mit ihrer Installation nicht verbunden. Offen bleibt hingegen, ob die Winzer die erforderliche Benutzer-Solidarität aufbringen werden. Hier ist ein "dickes Fragezeichen" zu setzen.

Aktivitäten der Dorferneuerung mit Mitteln der
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur
in 1984

1) Neue Verwaltungsvorschrift zur Förderung der Dorferneuerung

Die Förderung der Dorferneuerung im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten wurde mit Verwaltungsvorschrift vom 24. Juli 1984 - 742 - 66.70 - (MinBl. S. 349) umfassend geregelt. Sie bezieht sich im wesentlichen auf die Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und aus zusätzlichen Landeshaushaltsmitteln. Die Verwaltungsvorschrift geht von den im Rahmenplan 1984/85 der Gemeinschaftsaufgabe neu eingeführten Grundsätzen für die Förderung der Dorferneuerung aus. Gefördert werden erhaltende und gestaltende Maßnahmen der Dorferneuerung in landwirtschaftlich geprägten Ortslagen oder Ortslagenteilen zur umfassenden Verbesserung der Agrarstruktur, da auch in den Ortslagen selbst Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur notwendig sind. Dabei sind Maßnahmen in vorhandenen oder geplanten Neubau-, Gewerbe- und Industriegebieten ausgeschlossen, um die Mittel auf die bebauten Ortslagenteile zu konzentrieren, die in der Vergangenheit doch vielfach zugunsten der Außenbereiche zurückstehen mußten.

Der Katalog der förderungsfähigen Maßnahmen umschließt zunächst Zweckforschungen und modellhafte Untersuchungen zur Klärung grundsätzlicher Fragen der Dorferneuerung. Bei der Förderung von Investitionen selbst ist zunächst der wichtige Bereich der Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse, wie der Neu- und Ausbau von Orts-

straßen, von Ortswegen einschließlich Ortsausgängen und von Parkflächen bzw. Abstellplätzen zu nennen. Weiter können Maßnahmen zur Abwehr von Hochwassergefahren für die Ortslage und zur innerörtlichen Verbesserung der Gewässer gefördert werden. Dazu kommen kleinere Bau- und Erschließungsmaßnahmen in der Ortslage zur Erhaltung und Gestaltung des dörflichen Charakters, wie Errichtung und Instandsetzung von Dorfbrunnen, Torbögen, Bildstöcken, Neuanlage und Gestaltung von Dorfplätzen und Vorplätzen für Schulen, Gemeinschaftshäuser, Kirchen u.ä., die Herstellung und Verbesserung von Grünanlagen in der Ortslage und am Ortsrand.

Zur Ergänzung dieser Maßnahmen, die sich im wesentlichen auf die Grundausstattung an öffentlichen Einrichtungen in den Gemeinden beziehen und vorwiegend in der Trägerschaft der Gemeinden selbst durchgeführt werden, werden Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung von Gebäuden land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe) oder ehemaliger land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe gefördert. Die Maßnahmen beziehen sich auch auf die dazugehörenden Hof-, Gebäude-, Garten- und Grünflächen. In ähnlicher Richtung wirken die ebenfalls förderungsfähigen Maßnahmen zur Anpassung von Gebäuden land- und forstwirtschaftlicher Betriebe an die Erfordernisse zeitgerechten Wohnens und Arbeitens, zum Schutz nachteiliger Auswirkungen von außen oder zur Einbindung in das Ortsbild oder in die Landschaft einschließlich Grüngestaltung. Auch der Neu-, Aus- oder Umbau von land- und forstwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen, wie Gemeinschaftsställen (Maschinenschuppen), ist förderungsfähig.

Bei Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz in der Fassung vom 16. März 1976 können zusätzlich Mittel

der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Flurbereinigung für Maßnahmen der Dorferneuerung eingesetzt werden, soweit diese Dorferneuerungsmaßnahmen durch die Bodenordnung veranlaßt und im ausschließlichen gemeinschaftlichen Interesse und in der Trägerschaft der Teilnehmergeinschaft durchzuführen sind.

Mit Landeshaushaltsmitteln außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sind sonstige Maßnahmen der Dorferneuerung von privaten und öffentlichen Trägern förderungsfähig, wenn sie nach den vorgenannten Verwendungszwecken nicht förderungsfähig, aber auf der Grundlage des Dorferneuerungskonzeptes zur umfassenden Verbesserung der Agrarstruktur erforderlich sind.

Als Zuwendungsempfänger kommen neben Gemeinden, Gemeindeverbänden, Teilnehmergeinschaften, Wasser- und Bodenverbänden, die juristischen und natürlichen Personen des privaten und öffentlichen Rechts in Frage. Die Förderungsvoraussetzungen bestimmen, daß die Förderung in Ortslagen oder in Ortslagenteilen oder auch in Gehöftgruppen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur erfolgt, wenn Gebäude landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe die Siedlungsstruktur bestimmen und wenn die Maßnahmen der Dorferneuerung insgesamt zur umfassenden Verbesserung der Agrarstruktur auf der Grundlage eines Dorferneuerungskonzeptes erfolgen.

Bei Auswahl der zu fördernden Gemeinden haben Vorrang Ortslagen oder -teile, in denen besonders umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur notwendig sind, in denen gleichzeitig Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz erfolgen, in denen umfassende Maßnahmen der Agrarstruktur zur Verbesserung ohne gleichzeitige

Bodenordnungsverfahren möglich sind, in den von Natur benachteiligten Gebieten oder auch die sich am Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" beteiligt haben.

Bei der Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben sind die Möglichkeiten zur Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes in angemessenem Umfange auszuschöpfen. Die Höhe der Förderung bei Maßnahmen in der Trägerschaft der Gemeinden wird im übrigen unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Zuwendungsempfänger festgesetzt unter Beachtung bestimmter Höchstsätze.

Zweckforschungen und modellhafte Untersuchungen werden mit bis zu 100 % der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert.

Die Maßnahmen in der Trägerschaft von Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen öffentlichen Trägern werden bis zu 60 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert und die Maßnahmen privater Träger bis zu 30 v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben, jedoch höchstens bis zu 40.000,-- DM. Zuschüsse von unter 20.000,-- DM bei öffentlichen Trägern und von unter 2.000,-- DM bei privaten Trägern werden nicht gewährt. Beim gleichzeitigen Einsatz von Flurbereinigungsmitteln richtet sich die Höhe der Zuwendung nach dem für das jeweilige Flurbereinigungsverfahren ermittelten Zuwendungsschlüssel.

Das Verfahren bei der Durchführung der Förderung ist möglichst einfach geregelt. Die Initiativen für die Förderung haben in jedem Falle von den Gemeinden bzw. den jeweiligen Bürgern in den Gemeinden auszugehen. Zunächst erfolgt die Auswahl der zu fördernden Gemeinden durch die Bezirksre-

gierung auf Antrag der Gemeinden. Die Beantragung und Bewilligung der Förderungsmittel richtet sich im übrigen nach den generellen Bestimmungen für den Einsatz von Zuwendungen aus Landeshaushaltsmitteln. Die Gemeinde beschließt die Aufstellung des Dorferneuerungskonzeptes und beauftragt ggf. geeignete Stellen, wie Planungsbüros u.ä., mit der Erarbeitung eines Dorferneuerungskonzeptes. Es hat dann eine eingehende Abstimmung des Dorferneuerungskonzeptes mit der Verbandsgemeindeverwaltung, der Kreisverwaltung und allen sonstigen beteiligten Stellen zu erfolgen. Die Förderanträge selbst werden von den Gemeinden und privaten Antragstellern über die Verbandsgemeinde, die Kreisverwaltung und das Kulturamt an die Bezirksregierung vorgelegt.

2) Ausführung im Haushaltsjahr 1984

Im Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten stehen zur Förderung der Dorferneuerung Zuschüsse in Höhe von insgesamt 7,0 Mio. DM zur Verfügung. Davon entfallen 4,0 Mio. DM auf Mittel zur Förderung von Flurbereinigungsmaßnahmen, die gleichzeitig Dorferneuerungsmaßnahmen sind, 2,0 Mio. DM auf Mittel nach den Gemeinschaftsaufgabengrundsätzen "Dorferneuerung" und 1,0 Mio. DM ergänzende Landeshaushaltsmittel. Mit diesen Mitteln sollen insgesamt 359 Einzelmaßnahmen mit Investitionskosten in Höhe von rd. 12,0 Mio. DM gefördert werden. Die Nachfrage im Bereich der Dorferneuerung ist groß. Es ist deshalb auch beabsichtigt, den Mittelansatz im Jahr 1985 um 1 - 2 Mio. DM zu erhöhen.

3) Einleitung von Modelluntersuchungen

5 Modelluntersuchungen durch Universitäten und Fachhochschulen sollen Hilfestellungen für die Durchführung der

Dorferneuerung geben. Sie werden 1984 begonnen und voraussichtlich 1986 abgeschlossen sein. Die Modelluntersuchungen erfolgen in den Gemeinden

Mandel, Kreis Bad Kreuznach
Holstum, Kreis Bitburg-Prüm
Glan-Münchweiler, Kreis Kusel
Lonsheim, Kreis Alzey-Worms
Ungstein, Kreis Bad Dürkheim.

Neben einer Dorferneuerungsplanung mit minimalen Investitionen sollen Ansätze der Dorferneuerung regionalspezifisch aufgezeigt werden. Es werden verallgemeinerungsfähige Aussagen zu den Zielsetzungen der Dorferneuerung abgeleitet und Gestaltungssatzungen, Dorferneuerungsfibel etc., für die Praxis der Kulturämter (Beratung und Hilfestellung) entwickelt.

4) Wanderausstellung

Die Landeskulturverwaltung ist bemüht, durch eine Wanderausstellung "Lebensraum Dorf" in verschiedenen Landesteilen über die Probleme der Dorferneuerung zu informieren. Diese Ausstellung wurde erstmalig im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Tages 1984 in Koblenz unter Verantwortung der Bezirksregierung Koblenz vorgestellt und dann in etwas veränderter Form im Foyer des Landtages von Rheinland-Pfalz bzw. in der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Mainz. Die Ausstellung fand ein breites und durchweg positives Echo in der Öffentlichkeit.

Ausstellung "Lebensraum Dorf"

Vom 17. Mai bis 8. Juni 1984 wurde in der Bezirksregierung Koblenz und vom 27. Juni bis 6. Juli 1984 im Mainzer Landtagsgebäude die Ausstellung der Bezirksregierung Koblenz "Lebensraum Dorf" gezeigt. Sie fand bei den Abgeordneten, den Besuchern und bei der Presse große Resonanz. Es wurde der von vielen Seiten geäußerten Bitte entsprochen, die Ausstellung auch an anderen Orten zu zeigen.

Nach einem vorläufigen Zeitplan konnte bzw. kann die aus 140 Bildtafeln bestehende Ausstellung an folgenden Orten besichtigt werden:

22.08. - 30.08.1984	Mayen (Genovevaburg)
05.09. - 13.09.1984	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück/Simmern
19.09. - 21.09.1984	Geodätentag Mainz
26.09. - 25.10.1984	Fachhochschule, Abteilung Mainz
07.11. - 15.11.1984	Kreisverwaltung Neuwied
21.11. - 29.11.1984	Verbandsgemeinde Maifeld
05.12. - 21.12.1984	Kreisverwaltung Cochem
14.02. - 07.03.1985	Ludwigshafen, Bürgerhaus Ruchheim
13.03. - 12.04.1985	Bezirksregierung Neustadt
17.04. - 02.05.1985	Kaiserslautern
08.05. - 14.05.1985	Verbandsgemeindeverwaltung Göllheim
30.05. - 13.06.1985	Verbandsgemeinde Rockenhausen
20.06. - 04.07.1985	Kreisverwaltung Birkenfeld
10.07. - 15.08.1985	Bezirksregierung/Kulturamt Trier
21.08. - 05.09.1985	Ortsgemeinde Enkirch
11.09. - 26.09.1985	Ortsgemeinde Gemünden
13.10. - 02.11.1985	Westerwaldverein / Westerwaldkreis

Mehr Bürgernähe und verbesserte Arbeitsergebnisse
durch "Rohplanvorlage" und "Planvereinbarung"

Das Kulturamt Simmern ist dazu übergegangen, künftig wieder stärker von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, den Beteiligten einen "Rohplan" bekanntzugeben. Die Flurbereinigungsbehörde hält die "Rohplanvorlage" besonders in Zweitbereinigungen des Hunsrücks für geeignet, weil hier in erster Linie die landwirtschaftlichen Flächen großzügig zusammengelegt werden sollen. Durch die Bekanntgabe eines "Rohplanes" wird nach Auffassung des Kulturamtes die Zahl der Widersprüche, die in den Rechtsmittelinstanzen entschieden werden müssen, verringert. Bei größeren Betrieben werden gravierende Abfindungsmängel bereits im Frühstadium erkannt und noch vor Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes behoben. Ohne Rohplanvorlage sind bei solchen "Fehlplanungen" für die Beteiligten schwierige Verhandlungen erforderlich, um den Widersprüchen abzuhelpen. Durch die zusätzliche Anhörung der Beteiligten wird dem Wunsch nach mehr "Bürgernähe" Rechnung getragen und das Verhältnis Bürger - Behörde nicht unerheblich verbessert. Aufgrund der im vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Mastershausen gewonnenen Erkenntnisse wird das Kulturamt Simmern die Rohplanvorlage in weiteren Verfahren praktizieren.

In diesem Zusammenhang wird auf die im Nachbarland Hessen seit Jahren in allen Flurbereinigungen erfolgreich geübte Praxis der Planvereinbarung verwiesen, die das Flurbereinigungsgesetz nur bei beschleunigten Zusammenlegungsverfahren vorsieht. Die Planvereinbarung in der Flurbereinigung erfordert zwar einen höheren Arbeitsaufwand bei der Plangestaltung, insbesondere wenn Änderungen erneute Verhandlungen notwendig machen, sie vermindert aber in gleichem

Umfange den sonst bei der Widerspruchserledigung notwendigen Arbeitsaufwand. Insgesamt tritt somit keine Verzögerung im Verfahrensablauf ein. Das Verfahren der Planvereinbarung hat sich in Hessen sehr bewährt und inzwischen so eingebürgert, daß eine Rückkehr zur Methode der Plangestaltung durch die Behörde sowohl von den Planenden selbst als auch von den Beteiligten nicht verstanden würde.

Die Bezirksregierungen wurden inzwischen um Stellungnahme gebeten zu der Frage, ob im Lande Rheinland-Pfalz generell die "Rohplanvorlage" vorgesehen oder sogar die "Planvereinbarung" nach einer Erprobungsphase praktiziert werden soll.

Naturnaher Mauerbau in Weinbergungsverfahren

Am 4. Juli 1984 fand in Mainz eine Tagung der kulturbautechnischen und landespflegerischen Sachbearbeiter der Referate 53 und der Kulturämter statt.

In Dia-Vorträgen wurde über Methoden des Mauerbaus in Weinbergungsverfahren aus bautechnischer, landespflegerischer und finanzieller Sicht referiert.

In der Erörterung der Themen empfahl das Ministerium, mehr "ökologisch günstigere Mauern", z.B. als Trockenmauern, Gabionen- und in Holzskelettbauweise versuchsweise zu erstellen. Auch der "naturnahe Gewässerausbau" soll, wo immer möglich, in allen Kulturamtsbezirken praktiziert werden.

Landschaftsbewertung in der Flurbereinigung hat sich bewährt

Statistische Ergebnisse 1983

Die mit Rundschreiben des Ministeriums vom 22. März 1983 - 744 - 65.53/2 - eingeführten Richtlinien über die Bewertung der Landschaftselemente in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz haben sich, wie die Erfahrungsberichte gezeigt haben, im wesentlichen gut bewährt. Nach diesen Richtlinien wird das im jeweiligen Flurbereinigungsgebiet vorhandene Landschafts- und Naturpotential, gegliedert nach einzelnen Landschaftselementen, erfaßt. Anhand des den Richtlinien beigefügten Bewertungsrahmens werden die Landschaftselemente entsprechend ihrer Bedeutung für die Landschaftsstruktur, den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bewertet und in Wertstufen (I bis IV) eingeordnet. Die Erfassung und Bewertung der Landschaftselemente wird in der Regel von dem landespflegerischen Sachbearbeiter des Kulturamtes durchgeführt. Die Ergebnisse der Landschaftsbewertung werden bei der Aufstellung sowohl der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes (§ 38 FlurbG) als auch des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (§ 41 FlurbG) berücksichtigt. Sie sind außerdem eine wichtige Grundlage für Entscheidungen über die Erhaltung oder Veränderung vorhandener Landschaftselemente sowie für die Beurteilung der Zulässigkeit von Eingriffen in Natur und Landschaft und der nach dem Landespflegegesetz erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Aus der statistischen Auswertung der 1983 durchgeführten Landschaftsbewertungen, die allerdings keinen repräsentativen Anspruch erfüllen kann, seien folgende Zahlen genannt:

In 22 Verfahren wurde insgesamt eine Fläche von 3.917 ha untersucht; in dieser Fläche wurden 2.565 Landschaftselemente mit einer Größe von insgesamt 355 ha ermittelt. Auf 100 ha bewertetes Gebiet entfallen somit im Durchschnitt 60 Landschaftselemente. Die Fläche der Landschaftselemente insgesamt beträgt rund 9 % der Fläche des bewerteten Gebietes. In Weinbergsflurbereinigungen ist die Zahl der Landschaftselemente im Vergleich mit Ackerflurbereinigungen wesentlich höher, die Fläche der einzelnen Elemente dagegen kleiner. Insgesamt wurden 462 einzelstehende Bäume, 111 Baumreihen/Alleen, 291 Hecken, 216 Klein- und Feldgehölze, 386 Waldränder und Wäldchen, 241 Gras-, Kraut- und Sukzessionsflächen, 15 Hohlwege, 240 Mauern/Kleinterrassen, 354 Böschungen, 99 Gewässer, 101 Streuobstbestände und 49 andere Landschaftsbestandteile aufgenommen.

Die Landschaftselemente wurden mit folgendem Ergebnis bewertet:

- 15 % der Landschaftselemente in Wertstufe I
- 55 % der Landschaftselemente in Wertstufe II
- 30 % der Landschaftselemente in Wertstufen III und IV.

Berechnet man die Einordnung in die einzelnen Wertstufen nicht nach der Anzahl, sondern nach der Flächengröße der Landschaftselemente, ergibt sich ein höherer Anteil in den Wertstufen I und II. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Landschaftselemente Waldrand, Wäldchen und Feldgehölz an der Gesamtfläche aller Elemente mit über 40 % beteiligt und naturgemäß mit einem sehr hohen Anteil in den Wertstufen I und II vertreten sind. Das letztere trifft auch für stehende und fließende Gewässer zu, die, bezogen auf die Fläche, zu fast 70 % in die Wertstufe I eingeordnet sind.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann festgestellt werden, daß die Landschaftsbewertung eine wesentliche Voraussetzung ist, den umfassenden landespflegerischen Auftrag der Flurbereinigung in qualifizierter Weise zu erfüllen. Sie bietet den Kulturämtern eine wichtige Hilfestellung bei ihrer Aufgabe, die Landschaftsstruktur sowie die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und zu entwickeln und den sonstigen Erfordernissen des Naturschutzes und der Landschaftspflege soweit als möglich Rechnung zu tragen.

Projektgruppe Statistik gegründet

Die Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung (ArgeFlurb) hat in ihrer 8. Sitzung vom 11. bis 13. Oktober 1983 in Cuxhafen beschlossen, eine Projektgruppe "Statistik" zur Überarbeitung der Bund-Länder-Statistik über die Flurbereinigung einzusetzen, mit dem Ziel, den Jahresbericht über Flurbereinigung an den heutigen Erfordernissen auszurichten und auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die Projektgruppe wird noch in diesem Jahr einen Entwurf des neuen Tabellariums (Anl. 1 zum Jahresbericht) vorlegen. Für das Berichtsjahr 1984 sollen diese Tabellen - neben den bisherigen der Anlage 1 - erstmals verwendet werden, um die Brauchbarkeit zu testen.

Die endgültige Einführung ist für das Berichtsjahr 1985 vorgesehen. Es werden dann Änderungen der übrigen Anlagen erforderlich.

Dorfflurbereinigung in Rheinland-Pfalz

In früherer Zeit, als die ländliche Bodenordnung auf die Feldmark beschränkt war, wurden - entgegen dem Gesetzesauftrag - bereits Ortslagen in die Neuordnung einbezogen. Voraussetzung war jedoch, daß alle davon betroffenen Eigentümer zustimmten. Bereits die Umlegungsordnung von 1920 enthielt Regelungen, wonach bei ländlichen Ortschaften die Ortslage zum Verfahren gezogen werden konnte, wenn die nach Fläche berechnete Mehrheit der Eigentümer der zuzuziehenden Grundstücke damit einverstanden war. Nach der Reichsumlegungsordnung (RUO) von 1937 gehörte die Ortslage grundsätzlich zum Verfahrensgebiet, sofern sie nicht im Umlegungsbeschluß ausdrücklich vom Verfahren ausgeschlossen wurde. Dem lag die inzwischen gewonnene Erkenntnis zugrunde, wonach auch durch die Neuordnung der Ortslage erhebliche Verbesserungen für die landwirtschaftlichen Betriebe erzielt werden können. Eine ganze Reihe der nach einem Kommentar zur RUO in der Ortslage vorgesehenen Maßnahmen, wie Verbesserung der Wegeverhältnisse, Herstellung von neuen Ortsausgängen und Umringswegen, Verbesserung der Vorflut und Entwässerung der Grundstücke, Auflockerung der Ortslage zur Erhöhung der Feuersicherheit und Schönheit des Dorfes sowie als Voraussetzung für hygienische Wohnungsbauten, entsprachen seinerzeit bereits den Maximen der neuzeitlichen Dorferneuerung.

Da fortan nicht lediglich die Neuvermessung, sondern nachhaltige Verbesserungen für die Betriebe durch "Regulierung" der Ortslage Ziel des Verfahrens war, wurden in der Regel nur solche Ortslagen neu geordnet, die entsprechende Verbesserungsmöglichkeiten boten; die unterschiedlichen Sied-

lungsstrukturen in den Regionen von Rheinland-Pfalz wirkten sich deshalb auf den Anteil der mitbereinigten Ortslagen bis in die Neuzeit aus.

Nach einer statistischen Erhebung über 5 Jahre (1979 bis 1983) wurden im Durchschnitt jährlich 30 Ortslagen mit einer Fläche von 536 ha (im Durchschnitt pro Amt und Jahr sind das 3 Ortschaften und etwa 54 ha) bereinigt. Nach Fläche entfallen davon rd. 54 % auf den Regierungsbezirk Koblenz, 36 % auf den Regierungsbezirk Trier und nur 10 % auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Noch stärkere Unterschiede des Anteils an der Dorfflurbereinigung bestehen bei den einzelnen Kulturämtern. Das Kulturamt Mayen hat allein einen Beitrag von 182 ha (rd. 34 %) erbracht, während die Kulturämter Bad Kreuznach, Neustadt und Worms zusammen nur einen Beitrag von 22,7 ha mit rd. 4 % zum 5-Jahres-Durchschnitt beigetragen haben. Letzteres ist möglicherweise auch auf die Siedlungsstruktur im Raume Nahe, Rheinhessen und der Rheinpfalz zurückzuführen, sicher aber spielen auch andere Gründe eine Rolle.

In Zukunft wird die Notwendigkeit der Ortslagenflurbereinigung in allen Regionen maßgeblich von Maßnahmen der Dorferneuerung beeinflusst. Bei der Dorferneuerung wird die Bodenordnung durch Flurbereinigung wesentlich dazu beitragen, die Planungen der Gemeinde und die Vorhaben Privater zu verwirklichen und die zukünftige Entwicklung der Gemeinde vorzubereiten. Es ist denkbar, daß hierzu selbständige Verfahren, sogenannte "Dorfflurbereinigungen", durchgeführt werden.

A I D - Schriftenreihe

Der Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e.V., Postfach 20 07 08, 5300 Bonn 2, ist Herausgeber einer Schriftenreihe, die sich ausschließlich mit landwirtschaftlichen Themen befaßt. Aus folgenden Themenbereichen sind Hefte oder Faltblätter erhältlich:

Pflanzliche Produktion
Tierische Produktion
Technik, Bauen
Betrieb, Markt
Agrarstruktur, Landentwicklung
Forst, Holz, Jagd
Umwelt, Natur, Landschaft
Familie, Haushalt, Soziales
Freizeit, Erholung
Bildung, Beratung

Die empfehlenswerten Informations-Broschüren und Faltblätter werden unentgeltlich gegen Übernahme der Versandkosten abgegeben.

Eine Schriftenliste mit Lieferbedingungen kann beim AID angefordert werden.

Wußten Sie schon, daß Wußten Sie schon, daß

- der Ministerialdirigent a.D. Karl-Anton Mayer im April 1984 bei guter Gesundheit 75 Jahre alt geworden ist
- die Spruchstelle für Flurbereinigung vor 30 Jahren ins Leben gerufen wurde und seitdem mit etwa 12.000 Widerspruchsverfahren befaßt war
- das Kulturamt Worms im Jahr 1984 sein 50jähriges Bestehen feierte und dazu eine umfassende Festschrift herausgab
- der Geschäftsführer der Landsiedlung Rheinland-Pfalz, Dr. Hoerster, für seine Verdienste um Siedlung, einzelbetriebliche Förderung, beschleunigte Zusammenlegung sowie Land- und Gemeindeentwicklung im Oktober 1984 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde
- im Frühjahr 1985 in jedem der 3 Regierungsbezirke eine Tagung für die ausführenden vermessungstechnischen Sachbearbeiter mit aktuellen Themen stattfinden wird
- in der Weinbergsflurbereinigung Deidesheim-Forst VI, Kulturamt Neustadt, zur Sicherung eines Lebensraums für die Smaragdeidechsen und andere seltene Tier- und Pflanzenarten eine Biotopfläche von 3.200 m² für 72.000,-- DM angekauft worden ist
- an vielen Kulturämtern offenbar niemand Zeit hat, eine Zuschrift über allgemeine oder spezielle Sachfragen an die Redaktion der LKV-Nachrichten zu senden

- die Ziele der Landespflege, insbesondere der eigenständige landespflegerische Auftrag nach § 37 Abs. 1 FlurbG, von manchen höheren Beamten noch immer nicht erkannt worden ist
- das Kulturamt Simmern im Flurbereinigungsverfahren Nörtershausen im November 1984 einen Wanderlehrpfad unter Beteiligung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeweiht hat
- noch immer § 2 Abs. 2 FlurbG, wonach die Durchführung der Flurbereinigung durch die Länder geltendes Recht ist, eine besonders vordringliche Maßnahme ist
- einige Kulturämter die örtliche Presse nicht zu den Informationsversammlungen bei der Einleitung einer agrarstrukturellen Vorplanung und zum Aufklärungstermin nach § 5 Abs. 1 FlurbG einladen
- zur maschinellen Bearbeitung von Profilen für die Entwurfsarbeiten zum Plan nach § 41 FlurbG und zur Erdmassenberechnung im Jahr 1984 bei der Luftbild- und Rechenstelle ca. 100.000 Punkte gemessen worden sind
- der Rechnungshof von Rheinland-Pfalz nach Prüfung des Landwirtschaftsministeriums 1984 in den Folgejahren auch alle anderen Ministerien überprüfen wird
- 1985 ein besonders wichtiges Jahr werden wird, weil wahrscheinlich in Rheinland-Pfalz der amtierende Landwirtschaftsminister Otto Meyer, der die Arbeit der Flurbereinigungsverwaltung immer nachhaltig stützte, ausscheidet

- das Kulturamt Trier in den Mitteilungsblättern der Verbandsgemeinden Fachbeiträge über Aufgaben, Ziele, Ablauf und Finanzierung von Bodenordnungsmaßnahmen veröffentlicht hat und so die Öffentlichkeitsarbeit verbesserte
- in dem Flurbereinigungsverfahren Gebhardshain II des Kulturamtsbezirks Westerburg im Jahr 1983 33,8 ha für die Ausweisung eines Naturschutzgebietes bereitgestellt wurden
- nach Meldung der Kulturämter 1984 voraussichtlich 35 neue Bodenordnungsverfahren mit ca. 15.100 ha, davon 470 ha Rebfläche, eingeleitet werden
- jedes Kulturamt einen Gartenbautechniker zur Unterstützung der landespflegerischen Sachbearbeiter erhalten wird
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz die Funktionalreform ebenso weiterführen will wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben
- in den letzten 5 Jahren nur knapp 6 % aller Bodenordnungsverfahren mit der kostengünstigen, landschaftsschonenden und "schnellen" Verfahrensart nach § 86 FlurbG ausgeführt wurden
- das durchschnittliche Lebensalter der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung im Durchschnitt der letzten 3 Jahre bei 60,2 Jahren lag?
- der Personalreferent des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, MR Willy Schmitt, mit Ablauf des November 1984 in den Ruhestand getreten und MR Horst Ullrich (bis 1974 in der Abteilung Landeskultur tätig) zu seinem Nachfolger bestimmt worden ist.

"Der Leser hat das Wort"

Erfahrungen bei der "Transplantation" von Bäumen und Sträuchern
bei Flurbereinigungsverfahren im Kulturamtsbezirk Worms

Im Kulturamtsbezirk Worms wurden erstmals 1980 Verpflanzungen von Sträuchern, und zwar von *Prunus fruticosa* (Zwergkirsche) in der Weinbergsflurbereinigung Guntersblum, Projekt I, durchgeführt. In der Folgezeit wurden derartige "Transplantationen" in den Flurbereinigungen Albig IV, Guntersblum (Projekt II), Nackenheim und Dienheim vorgenommen. Zeitpunkt der Verpflanzung war zeitiges bis spätes Frühjahr (bis Anfang Juni).

Die Verpflanzungen wurden mit einem Bagger durchgeführt, der die Bäume und Sträucher mit dem Wurzelwerk samt Erdballen aushob und in vorbereitete Pflanzgruben versetzte.

Bei den verpflanzten Bäumen (Zwetschge, Erle, Weide und Esche) wurden vorher die Äste stark zurückgeschnitten (- bei Weiden -). Die Anwachsquote lag bei ca. 95 %. Bei Bäumen (Zwetschge), die erst Anfang Juni verpflanzt wurden, war ein fast 100%iger Ausfall zu verzeichnen.

Verpflanzungen von Wildrosen und Holunder - auch bei späterem Pflanztermin bis Mitte Mai - waren problemlos.

Die Kosten der Verpflanzungen waren folgende:

Mehrstämmiger Bergahorn	400,-- DM
Weißdorn	500,-- DM
Schwarzerle	600,-- DM
Feldulme	50,-- DM

Kopfweide	500,-- DM
Eberesche	600,-- DM
Birke	300,-- DM
Esche	1.000,-- DM

Den richtigen Zeitpunkt und die richtigen Geräte vorausgesetzt, des weiteren die Beachtung artentypischer Merkmale (z.B. ob es sich um Pfahl- oder Flachwurzler handelt), ist bei entsprechend willigem Raupenfahrer ein erfolgreiches Arbeiten möglich. Vor allem das Aufnehmen von Hecken - auf den Stock gesetzt oder auch nicht - verspricht die größten Erfolge.

Es ist auch im Hinblick auf die Erhaltung nicht nur einzelner Individuen, sondern mit Blick auf die Lebensgemeinschaft "Baum - Strauch - Boden" die sinnvollste Art der "Transplantation".

Grundsätzlich sollte jedoch Erhaltung am alten Standort Priorität vor einer Verpflanzung behalten.

Schewe
Ing. grad.
Kulturamt Worms

Vergl. hierzu auch:

Hans Jürgen Unger Verpflanzung von Hecken und
Feldrainen.
Eine Möglichkeit der Bestands-
erhaltung.
Berichte aus der Flurbereinigung
50/1984, S. 75.

Lebendverpflanzung von Gehölzen

Das Landschaftsbild der Eifel, des Hunsrücks und des Saargaus wird im wesentlichen von den nachfolgend genannten Landschaftselementen geprägt:

- 1) Mehr oder minder lange Hecken und Raine
- 2) Feldgehölze verschiedener Ausdehnung
- 3) Tiefe, mit Gehölzen bewachsene Erosionsrinnen sowie
- 4) Streuobstanlagen.

Die Sicherung der Landschaftselemente 2) - 4) ist in der Regel in einem Flurbereinigungsverfahren mit dem Instrumentarium der Bodenordnung möglich.

Weit schwieriger stellt sich jedoch die Behandlung der Hecken und Raine dar, da sie als lineare Elemente bei der Neuordnung unter Umständen einer Zusammenfassung zu größeren Wirtschaftseinheiten oder aber der wertgleichen Abfindung entgegenstehen.

Obwohl diese ökologisch wertvollen und landschaftsprägenden Kleinstrukturen im allgemeinen an ihren Standorten belassen werden, kann es in Einzelfällen erforderlich werden, Hecken aus den neu zugeteilten Grundstücken zu entfernen.

Dabei handelt es sich jedoch um einen Eingriff gem. § 4 LPflG, der eine Ausgleichs- oder aber Ersatzmaßnahme bedingt.

Diese Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen können jedoch nicht die ökologische Bedeutung der vorhandenen Hecken und Raine in vollem Umfang ersetzen, da durch die intensive Bodenvorbereitung sowie anschließende Pflege gewisse Pflanzengesellschaften gefördert und andere unterdrückt werden.

Aus diesem Grund hat die Fa. Marx, Konz, in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Trier ein Gerät entwickelt, mit dem großflächig die Lebendverpflanzung von Hecken auf Rainen und Lesesteinriegeln durchgeführt werden kann.

Das Basisgerät ist eine Raupe mit 150 PS, an der anstelle des Schildes eine Plattform von 2 m x 2 m angebracht ist. Die seitliche Begrenzung der Plattform ist 50 cm hoch, was auch der maximalen Arbeitstiefe entspricht.

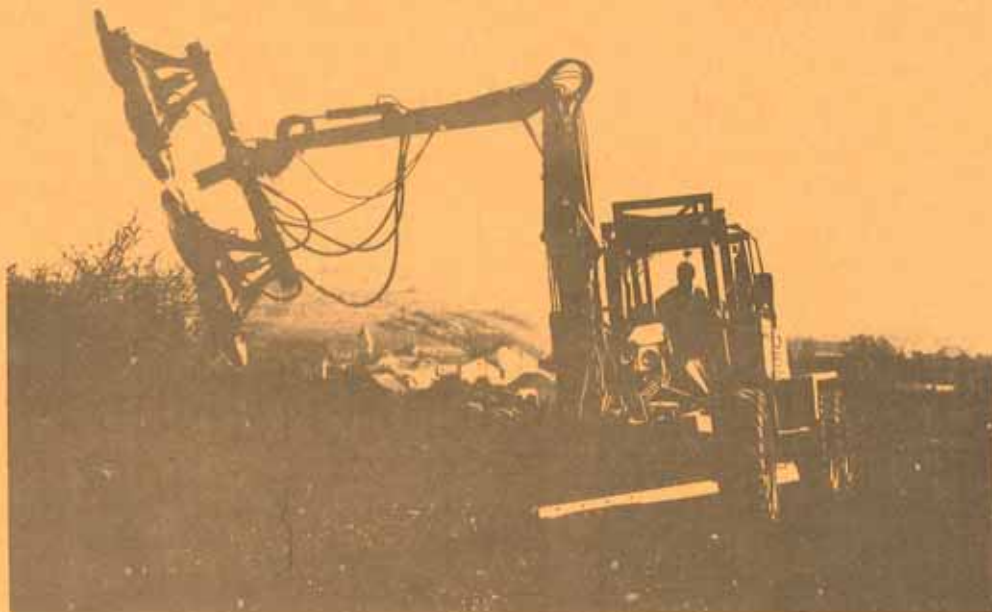
Die Raupe kann somit in einer Bodentiefe von 50 cm die in der Hecke vertretenen Gehölzarten (i.d.R. Schlehe, Weißdorn, Hartriegel und Holunder) unterschneiden und einen "Block" von 4 m² entnehmen und am neuen Standort durch Abschieben einbauen.

Um die zu verpflanzende Hecke geländegleich einsetzen zu können, muß vor dem Einbau eines neuen "Blocks" der Mutterboden abgetragen werden. Auch das geschieht mit dem Gerät und der dabei geladene Mutterboden wird entweder unmittelbar am alten Standort der Hecke eingebaut, oder auf einer Miete gelagert und später einplaniert.

Vor der Lebendverpflanzung werden jedoch die Gehölze auf 1 m Höhe zurückgeschnitten. Bei den relativ hohen Niederschlägen im Gebiet des Kulturamtes Trier hat sich der Rückschnitt auf diese Höhe als ausreichend erwiesen, in anderen Landesteilen mit weniger Niederschlägen muß der Rückschnitt sicher stärker sein.

Auch dieser Arbeitsgang "des auf den Stock setzens" konnte mechanisiert werden.

Es steht ein Gräder zur Verfügung, auf dem ein allseits schwenkbarer 7 m langer Hydraulikarm montiert ist, an dessen Ende sich 4 Sägeblätter mit einem Durchmesser von 80 cm befinden. Diese Sägeblätter werden paarweise von je einem 30 PS Hydraulikmotor angetrieben.

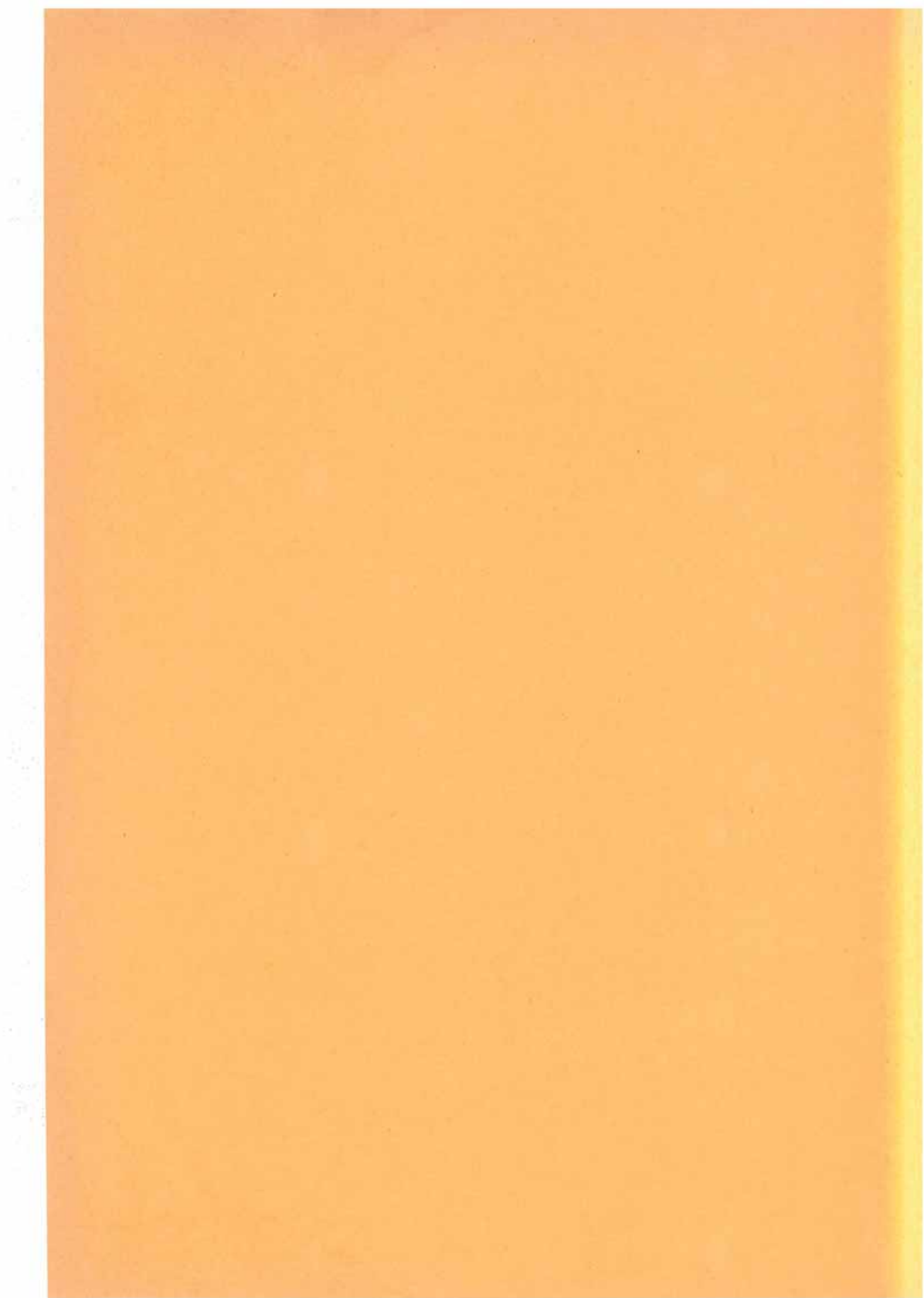


Das Gerät fährt an der Hecke entlang, schneidet die Äste ab, schiebt sie vor sich her und legt sie durch Schwenken des Hydraulikarmes neben der zurückgeschnittenen Hecke ab.

Mit dem Frontschild wird dann das Schnittgut zu Reisighaufen zusammengeschoben.

Selbst Hecken mit Bäumen werden auf diese Art zurückgeschnitten, wobei nur die Gehölze mit hohem Stockanschlag vermögen, zum Beispiel Weiden, Birken u.a., diesen Rückschnitt schadlos zu überstehen.

Die vorgenannten Geräte wurden erstmals im Flurbereinigungsverfahren Wincheringen im Mai 1984 eingesetzt. Der Einsatz erfolgte so spät, da die Konstruktion und die Erprobung des Ladegerätes längere Zeit als ursprünglich geplant in Anspruch nahm. Der späte Zeitpunkt wurde jedoch durch die hohen Niederschläge in diesem Sommer ausgeglichen, so daß die Versuche durchaus repräsentativen Charakter haben dürften.

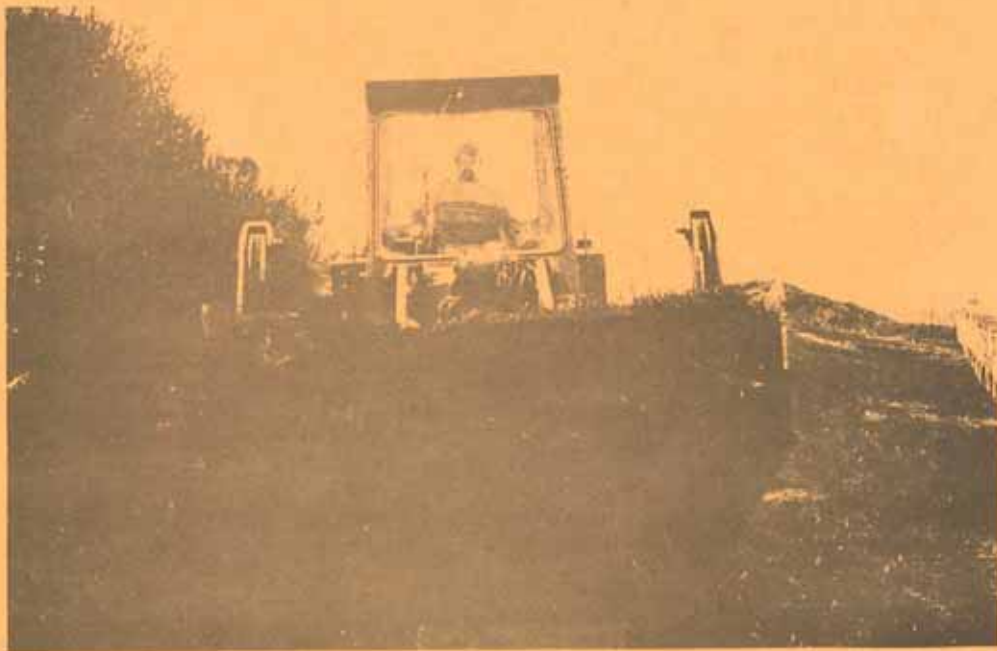


Im einzelnen wurde wie folgt vorgegangen:

1) Rückschnitt



2) Entnahme von Mutterboden an dem neuen Standort (ca. 20 m²)





- 3) Entnahme eines "Blocks" aus der Hecke, Transport und Einbau am neuen Standort



- 4) Laden von Mutterboden, Transport und Einbau am alten Standort

- 5) Entnahme eines "Blocks" aus der Hecke, Transport und Einbau am neuen Standort

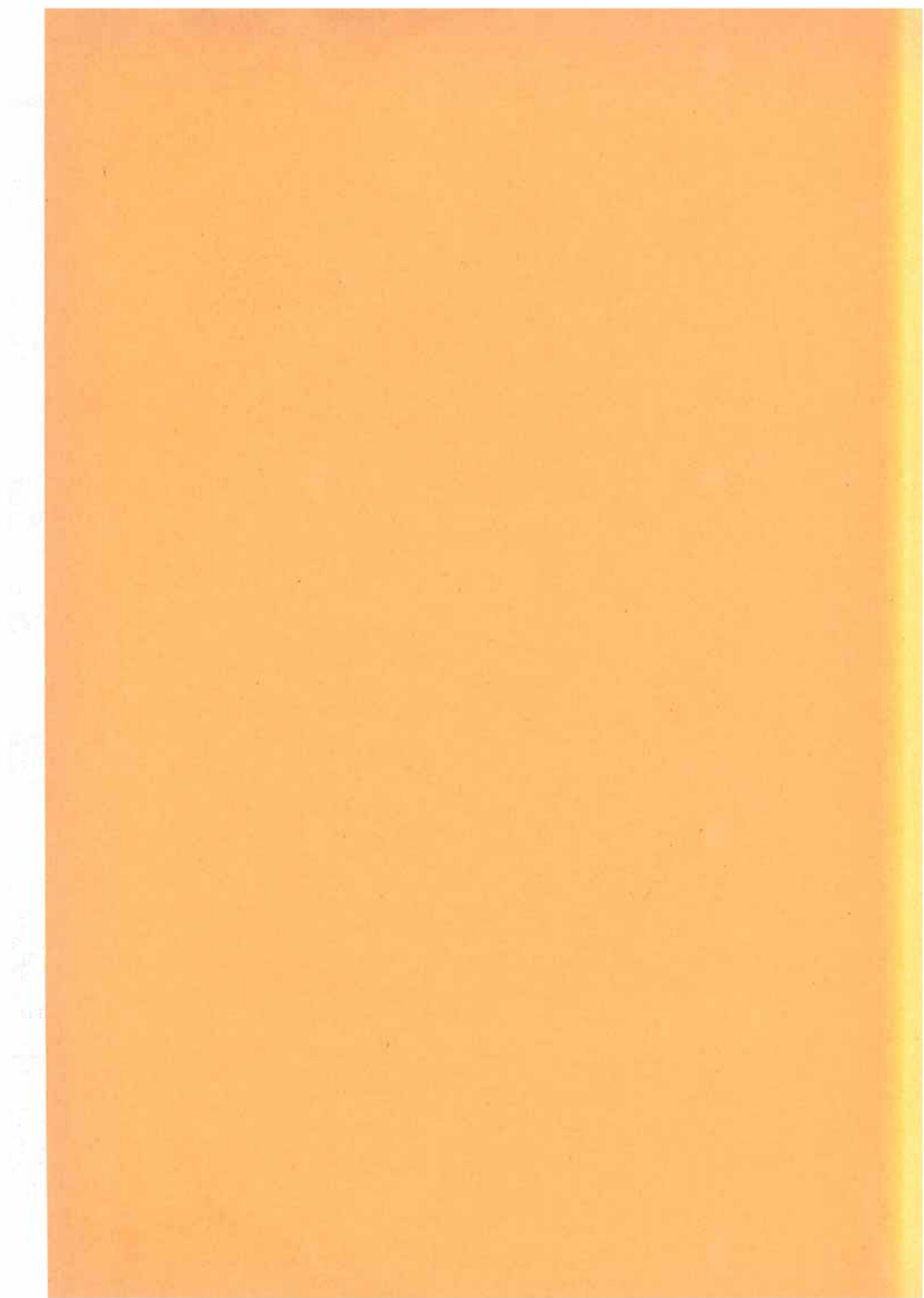
Bei der Entnahme aus dem alten Standort lag der Verlust an Wurzelmasse selbst bei Schlehe unter 20 %.





Nach Ende der Verpflanzarbeit wurde die Hecke anplaniert.





Das Aufmaß erbrachte einen Flächenschwund von ca. 15 %. Dieser Verlust ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust an Gehölzen.

Er liegt vielmehr in der anfänglich fehlerhaften Bedienung des Gerätes, da die Blöcke zu stark ineinandergeschoben wurden.

Als letzter, jedoch nicht unerheblicher Faktor sind natürlich die Kosten der Aktion zu betrachten.

Die Forderung des Kulturstamtes lautete dahingehend, daß die Maßnahme nicht oder nur unwesentlich teurer sein darf, als die Anlage einer neuen 3reihigen Pflanzung.

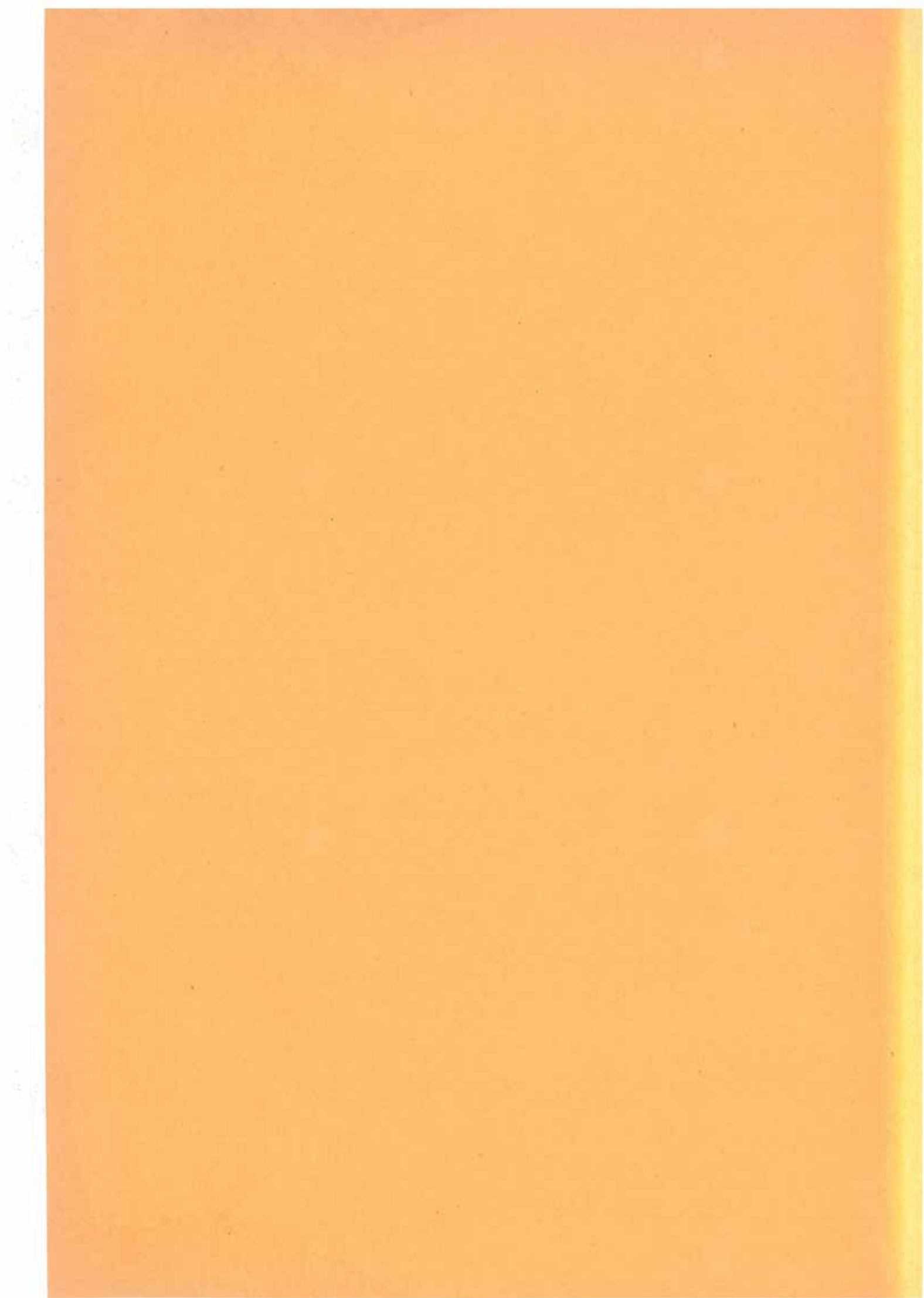
Mit dem Unternehmer wurde daher ein Preis von 5,50 DM/m² vereinbart. Dieser Preis entspricht umgerechnet auf die Stundenmiete des Gerätes einem Betrag für die Raupe von 150,-- DM/h und für den Gräder von ca. 100,-- DM/h.

Die Anwuchsquote der Gehölze lag bei über 80 %, ein durchaus gutes Ergebnis.

Das Gerät soll auch aufgrund der zufriedenstellenden Leistung weiter eingesetzt werden. Dabei ist jedoch besonders darauf zu achten, daß die Maßnahmen koordiniert werden, also schon im Ausführungsplan zum Landschaftspflegerischen Begleitplan alle Maßnahmen der Lebendverpflanzung gesammelt werden.

Auch ist für entsprechende Flächen für den neuen Heckenstandort Sorge zu tragen, denn bei zu weiter Transportentfernung verteuert sich eine solche Maßnahme erheblich.

Franz Josef Frischbier



Wettbewerb:

"Unsere Flur soll schöner werden"

Aus der Sicht des Kulturamtes Worms würde ein derartiger Wettbewerb begrüßt. Zur Begründung gilt dabei folgende Überlegung:

Der Wettbewerb "Unsere Flur soll schöner werden" soll die notwendige gesellschaftspolitische und strukturelle Neuorientierung des ländlichen Raumes auf breiter Ebene unterstützen und intensivieren. Gemeinden mit dörflichem Charakter sollen angeregt werden, ihren unmittelbaren Lebensraum auf der Grundlage historischer Entwicklung und landschaftlicher Gegebenheiten sowie das Zusammenleben ihrer Bevölkerung auf der Grundlage bürgerschaftlicher Aktivitäten und Selbsthilfeleistungen bewußt zu gestalten und zu pflegen.

Dies schließt die Mitwirkung der Bevölkerung ein, die funktionsbestimmte Entwicklung der Orte in die übergeordnete Planung einzufügen und die dabei notwendigen Aufgaben zu wahren und ggf. auszubauen.

Der Wettbewerb sollte Gemeinden, die auf diesen Gebieten Vorbildliches leisten, herausstellen. Sie sollten mit ihren beispielhaften Leistungen weitere Orte zum Nachefern anregen.

Es müßten allerdings mit Rücksicht auf die unterschiedlichen und im Erscheinungsbild wechselnden Landschaftstypen und -strukturen differenzierte Bewertungskriterien gelten. Zum Beispiel kann man die rheinhessische Landschaft nicht mit der der Höhengebiete vergleichen.

Zillien
Ltd. Regierungsdirektor
Kulturamt Worms

25 Jahre Stammtischrunde beim Kulturamt Kaiserslautern

Unser Kulturamt in der Westpfalz besteht erst seit dem Jahre 1952 und hat somit im Vergleich zu vielen Ämtern unserer Landeskulturverwaltung bisher keine große Tradition aufzuweisen. Dafür besitzen wir aber seit dem Frühjahr 1958 mit unserem Kollegenstammtisch eine langjährige "Institution", über die im Jubiläumsjahr heute einmal berichtet werden soll.

Aus Anlaß der Geburt eines Mädchens mit dem schönen Namen Heike, der Tochter unseres Kollegen Schornick, fanden wir uns damals zu einer guten Weinprobe zusammen, um dieses freudige Ereignis gebührend zu feiern. Nach diesem schönen Fest kommen wir nunmehr seit 25 Jahren einmal im Monat zusammen und haben es bis zum heutigen Tage auf über 300 "Sitzungen" gebracht. Das jüngste Mitglied unserer Runde führt jeweils die "Stammtischchronik", die inzwischen zu zwei Bänden mit über 360 Seiten angewachsen ist. Diese "Tagebücher" enthalten schöne Fotos, humorvolle Gedichte sowie Aufzeichnungen über köstliche Weinproben und Jubiläumssessen. Natürlich haben wir uns als "Verwaltungsexperten" auch im Jahre 1961 eine "Satzung" gegeben. Danach mußte bei dienstlichen Gesprächen für alle Anwesenden eine "Strafrunde" bezahlt werden, so daß es anfangs allerlei zu verkraften gab. Nachdem aber mehrere Kollegen in den Ruhestand traten und auch weiterhin von den Ereignissen des Amtes gerne etwas erfahren wollten, haben wir diese strengen Bestimmungen gelockert. Dennoch gibt es fortlaufend genügend Gelegenheiten, wie Geburtstag, Beförderungen, Kindtaufen, Richtfeste, Erbschaften, Pensionierungen und andere Anlässe, um mit einer freiwilligen Runde gute Getränke probieren zu können.

Es ist nun höchst interessant einmal festzustellen, wie viele Kollegen unserer Verwaltung und gern gesehene Gäste bisher bei unserem Stammtisch am Kulturamt anwesend waren:

Amtsangehörige

Staab, Müller, Jung, Näher, Rigaud, Kremmer, Schloßke, Titzl, Schornick, Benning, Holland-Cunz, Primaveßy, Schmidt, Nessel, Wiese, Grüber, Schultz, Lichtenthäler, Dahlem, Stein, Peukert, Opp, Neuser, Emig, Fleischer, Spaetgens, Müßig, Längin, Scholz, Wiesmann, Schröder, Frowein.

Referendare

Scherrer, Pulter, Franck, Deckarm, Weiland, Leiner, Große, Neumann, Strasser, Neufeld.

Gäste unserer Verwaltung

Gries, Hastenpflug, Meyer, Schleupen, Hohn, Böckenhoff, Beelitz.

Kollegen anderer Behörden

Dick, Voigt, Hillenbrand, Beisner, Grauf, Sörensen, Rippel, Schrick, Gontard, Biesalski, Böge, Thurm, Preuß.

Jubiläumsgedicht des Stammtsiches

25 gute Jahre
kommen wir nun hier zusammen
einige sind Jubilare
andere bereits gegangen

Häufig sprechen wir von ihnen
weilen sie in uns'rer Runde
denken wir an ihre Mienen
auch in dieser heut'gen Stunde

Viele unserer Kollegen
sind an einem andern Ort
wollten ihre Stellung heben
gingen daher von hier fort

Allen wünschen wir Gesundheit
und ein angenehmes Leben
eine weit're gute Zeit
möge uns der Stammtisch geben

An die inzwischen verzogenen und leider bereits verstorbenen Mitglieder unseres Stammtisches denken wir häufig bei unseren Gesprächen. Einige ehemalige Kollegen unserer Runde haben sich zwischenzeitlich zu "Führungspersönlichkeiten" unserer Verwaltung herausgehoben. Bei mehreren jüngeren Mitgliedern unserer Zusammenkunft spüren wir, daß sie ebenfalls bereits den "Marschallstab im Tornister" tragen. Wir deuten dieses als ein gutes Zeichen für die gesunden und urwüchsigen Verhältnisse im "Goldenen Westen" unserer schönen Pfalz.

Der Höhepunkt unseres Jubiläums war wiederum eine exzellente Weinprobe im Hause unseres Kollegen Schornick anläßlich seiner Pensionierung am 29.07.1983. Ungeachtet des sehr heißen Sommerwetters konnten wir bei dieser schönen Feier auch unser "Patenkind" Heike, nunmehr eine nette junge Dame von 25 Jahren, und einige liebe ehemalige Mitglieder unserer Runde aus der Eifel, dem Hunsrück und vom Rhein in unserer Mitte herzlich begrüßen. So hoffen wir, daß unser Kollegenstammtisch beim Kulturamt in Kaiserslautern noch viele Jahre bestehen bleibt und seine gute Tradition bewahren kann.

Dipl.-Ing. Holland-Cunz

Gehaltszulagen für Staatsdiener

Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Frühjahr 1983 habe ich mit großem Erstaunen festgestellt, welche Zulagen für jede nur denkbare Tätigkeit für Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst gegenwärtig vergütet werden. Die einzelnen Dienstleistungen für die Besoldungsempfänger können in diesem Beitrag nur in gekürzter Form aufgezählt werden.

So gibt es: Techniker-, Programmier-, Antennen-, Taucher- und Ministerialzulagen sowie Gitterzulagen für Gefängnisbeamte. Besonders umfangreich ist der Katalog bei den Arbeitern im Staatsdienst für Schmutz-, Gefahren- und Erschwerungszulagen. Es werden genannt: Schneiden von Dornenhecken, Bergen von Strandkörben, Transportieren schwerer Kübelpflanzen von Hand, Reparieren von Matratzen in Krankenhäusern, Reinigen von Besucherpantoffeln in Schlössern und Museen, Zupfen von Polstermaterial in geschlossenen Räumen, Arbeiten im Seerosenteich (Wilhelma Stuttgart), Reinigen des Quellenstollens (Badenweiler), Tragen von Klavieren und Flügeln. Als zulagepflichtig findet man so ziemlich alle schweren und unangenehmen Arbeiten: Umlagern oder Verladen von Getreide, Ziehen von Lastkähnen flußaufwärts vom Ufer aus, Tragen von Schienen, Verlegen von Erdkabeln in mindestens 80 cm Tiefe, Abnehmen von Nistkästen in einer Höhe von mehr als 4 m, Arbeiten in Kühlhäusern oder Kühlwagen von mindestens 2 Stunden, Reinigen von Ölöfen und besonders schmutzigen Dachböden, Behauen von Rasenkantsteinen oder Schrittplatten, Gegenhalten beim Nieten mit Preßluftgeräten und andere Arbeiten mehr. Der Artikel der FAZ nennt 363 Einzelpunkte mit fast noch einmal ebensovielen Unterpunkten.

Über die Berechtigung der äußerst unangenehmen Dienstleistungen für die Allgemeinheit soll es keinen Zweifel

geben. Es würde aber eine große Vereinfachung für die Verwaltung bringen und sicher auch manche Spöttelei verhindern, wenn man diese Zulagen einfach im Gehalt einfügen würde.

Auch das Bundeskabinett hat Ende Februar 1984 einen umfangreichen Gesetzentwurf zum Abbau der Bürokratie verabschiedet. In diesem Zusammenhang wäre eine "Durchforstung" des ausgeklügelten Systems von Zulagen im öffentlichen Dienst durchaus angebracht. Nach dem früheren ZDF Intendanten von Hase und Außenminister Genscher hat nunmehr Ministerpräsident Rau den Preis der "Goldenen Kartoffel" für "beispielhafte Leistungen, mit denen sich Menschen über teuflische Sachzwänge hinwegsetzen" bekommen. Johannes Rau soll in Nordrhein-Westfalen mehr als Zweidrittel der 284 Verwaltungsverordnungen abgeschafft oder vereinfacht haben. Diesen guten Preis könnten sich noch mehr Politiker verdienen.

Zu der im Jahre 1922 eingeführten Ministerialzulage gibt es nach meiner Meinung sehr viel zu sagen. Ich persönlich finde diese Sondervergütung für unsere gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr berechtigt. Vielleicht wäre es ein weiterer Diskussionspunkt für unser LKV-Blatt. Was meinen die Kollegen zu diesem Privileg?

Ich halte diese interessanten Themen augenblicklich für aktuell und möchte gleichzeitig mit meinem Beitrag etwas Abwechslung in unsere LKV-Nachrichten bringen.

Dipl.-Ing. Holland-Cunz

Von unserem Leser F. Zillien erhielten wir die beiden nachfolgenden Beiträge "aufgelesen" bei einer Urlaubswanderung durch die Lüneburger Heide. Landschaftsverändernde Eingriffe durch den Menschen sind offenbar nicht nur ein Thema der 80er Jahre unseres Jahrhunderts.

Wie man sieht, haben künstliche Veränderungen der Landschaft schon vor etwa 100 Jahren den Dichter und Schriftsteller Hermann Löns zu kritischer Betrachtung veranlaßt. Wir hatten beim Lesen der Verse von Hermann Löns die gleichen Empfindungen, die auch der Einsender Felix Zillien in seiner "Nachlese" zum Ausdruck bringt.

Wie gut, daß die Arbeitsweise des "Mannes mit der Meßkette" von damals inzwischen der Vergangenheit angehört. Oder?

Es lohnt sich gewiß, einmal darüber nachzudenken.

Verkoppelung

Es geht ein Mann durch das bunte Land;
die Meßkette hält er in der Hand.
Sieht vor sich hin und sieht sich um:
"Hier ist ja alles schief und krumm!"
Er mißt wohl hin und mißt wohl her:
"Hier geht ja alles kreuz und quer!"
Er blickt zum Bach im Tale hin:
"Das Buschwerk dort hat keinen Sinn!"
Zum Teiche zeigt er mit der Hand:
"Das gibt ein Stück Kartoffelland!"
Der Weg macht seinen Augen Pein:
"Der muß fortan schnurgerade sein!"
Die Hecke dünket ihn ein Graus:
"Die roden wir natürlich aus!"
Der Wildbirnbaum ist ihm zu krumm:
"Den hauen wir als ersten um!"
Die Pappel scheint ihm ohne Zweck:
"Die muß da selbstverständlich weg!"
Und also wird mit vieler Kunst
die Feldmark regelrecht verhunzt!

Hermann Löns (1866 - 1914)

"Nachlese"

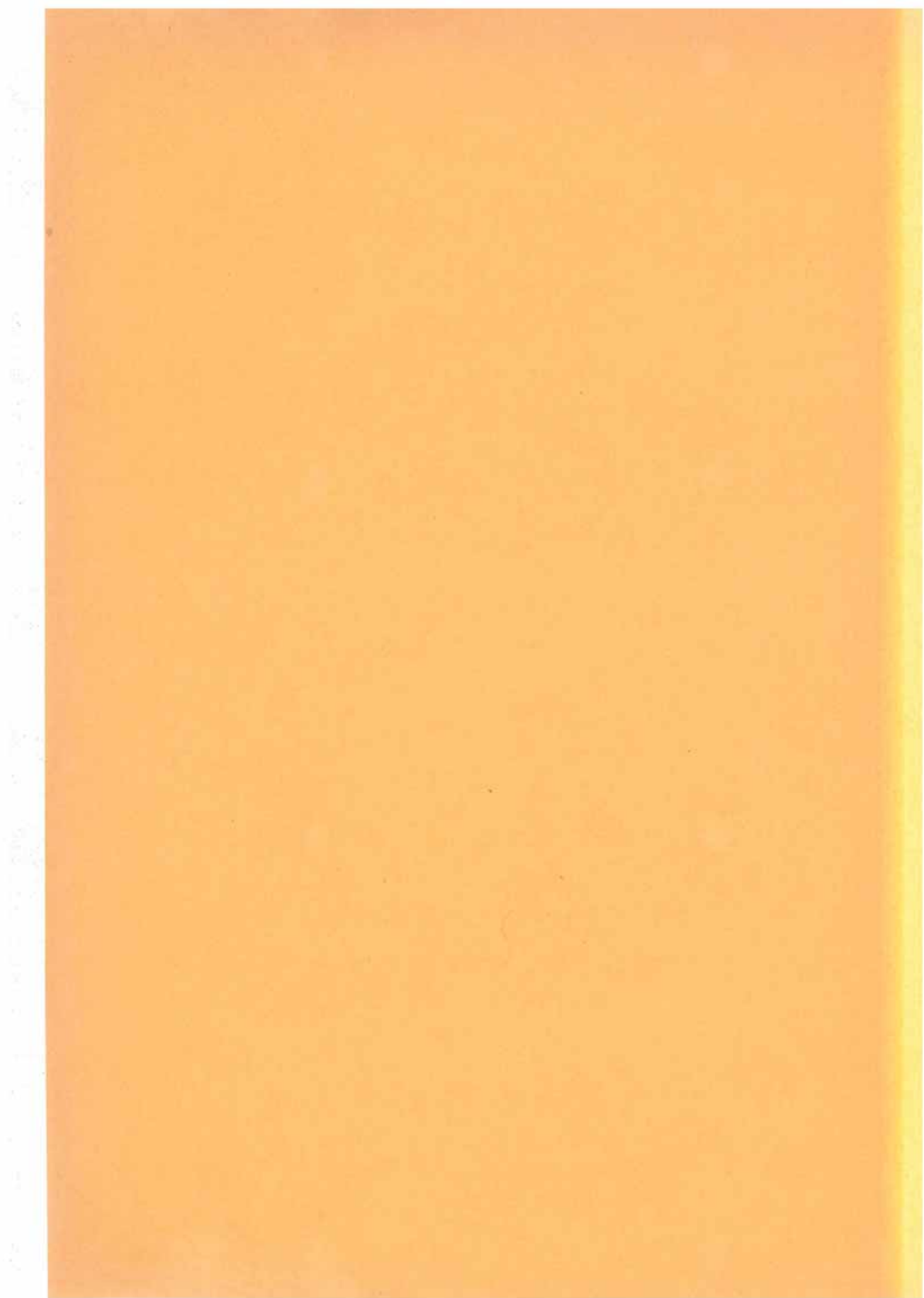
Im Heide-Krug da kehrt ich ein,
wollt ruhig und gelassen sein.
Fernab von Hektik und Berufsgedanken,
wollt' ich Urlaub und Erholung tanken!

Doch was hängt da an alter Wand?
Ein Vers aus Hermann Löns'ens Hand!
Ich schaue hin und lese durch:
Mich packt es fast in Angst und Furch'!

Ich wollt doch nur an Schönes denken
und meine Schritt' ins Freie lenken.
Weitab von Öko... und Flurbereinigung,
holt mich ein die "Verkoppelung!"

Von wegen: Schöne alte Zeiten,
Preußens Macht und Herrlichkeiten!
Berufs-Kritik gibt's nicht nur heut',
sie gab's gestern und in Ewigkeit!

Felix Zillien (1983)



Historisches - Historisches - Historisches - Historisches

Ausführungsbestimmungen zur Umlegungsordnung von 1920

- entstanden vor fast 60 Jahren
- als es auch Probleme gab
- manches davon gilt noch heute!

Entnommen:

Peltzer - Meimberg

"Gesetz über die Umlegung von Grundstücken" (Umlegungsordnung)
vom 21.9.1920

Berlin, 1932, Verlagsbuchhandlung Paul Parey

tragen der Beteiligten abhängig sein, sondern von Amts wegen angelegt und falls erforderlich, sogar ohne Zustimmung der Beteiligten durchgeführt werden können. Durch diese den Behörden gegebene weitgehende Befugnis wird gleichzeitig erreicht, daß sie in ihren Bezirken planmäßig vorgehen können und nicht zeitweise mehr Arbeit haben, als sie mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Personal zu bewältigen imstande sind, während zu anderen Zeiten wegen Mangel an Anträgen die Arbeitskraft ihrer Beamten nicht voll ausgenutzt wird. Diese Erweiterung der Rechte der Landbestandsbehörden hat aber auch ihre Verantwortung in erheblichem Maße gesteigert; von der Art ihres Vorgehens wird wesentlich der Erfolg des Gesetzes abhängen. Ich sehe mich daher veranlaßt, hierüber folgendes zu bestimmen:

1. Es würde verfehlt sein, ohne Rücksicht auf die Wünsche der Beteiligten ein Umlegungsverfahren durchzuführen zu wollen, lediglich weil die Beschaffenheit der Boden- und Besitzverhältnisse, oder wohl gar der Mangel an Beschäftigung der Beamten es erwünscht erscheinen lassen. Der Wert eines Umlegungsverfahrens erschöpft sich nicht darin, daß eine vorhandene Bodenzerpflünderung durch die Zusammenlegung der Grundstücke beseitigt und daß zweckmäßige Wege und Gräben angelegt werden. Das ist vielmehr nur die Voraussetzung für eine bessere Bewirtschaftung der neuen Pläne. Diese selbst besteht in der Ausführung umfangreicher Folgeeinrichtungen: Ausroben von Hecken und Gestrüpp, Eineben der Pläne, Zufüllen alter Wege und Wasserläufe, Einfriedung von Weiden, Herstellung von Drainagen, Anlage von Baumplantagen, Kultivierung von Obland usw. Zu diesen Arbeiten werden aber die Beteiligten kaum mit Erfolg gezwungen werden können; sie werden sie in dem erforderlichen Umfange nur ausführen, wenn sie von den daraus zu erwartenden Vorteilen überzeugt sind und freudig mitarbeiten. Wegen den Widerstand der überwiegenden Anzahl der Beteiligten ein Umlegungsverfahren einleiten zu wollen, würde daher, selbst wenn es gesetzlich zulässig sein sollte, verfehlt sein. Jedenfalls muß in solchen Fällen, wenn die Ortsverhältnisse eine Umlegung erwünscht erscheinen lassen, der Kulturstand vornehmlich berücksichtigt werden, durch bestehende Vorträge, Aufstiege in der Sozialhygiene, Maßnahmen mit landwirtschaftlichen Vereinigungen u. dgl. mehr aufklärend zu wirken und die etwa vorhandenen Vorurteile zu beseitigen.

Ausführungsbestimmungen

zum Gesetz über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) vom 21. September 1920 (Gesetzsamml. S. 453).

(Min.-Blatt der Landwirtschaftlichen Verwaltung, 1921, S. 119.)

Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist die dringende und bedeutendste Aufgabe der nächsten Zukunft. Sorgsame Bearbeitung und volle Ausnutzung des Bodens ist Pflicht der Grundbesitzer gegenüber der Gemeinschaft (Artikel 155 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Reichsgesetzbl. S. 1383).

Beide Forderungen will das Gesetz über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) vom 21. September 1920 (Gesetzsamml. S. 453) verwirklichen helfen.

Die Grundstücke in Gemeinden, in denen die frühere Zerpflünderung des Grundbesitzes durch eine Zusammenlegung beseitigt oder doch stark gemindert ist und die durch ein gutes Wege- und Grabennetz erschlossen sind, bringen anerkanntermaßen höhere Erträge und können insbesondere schneller und leichter bestellt und abgeerntet werden, als die Grundstücke in den Gemeinden, in denen eine Umlegung noch nicht stattgefunden hat. Erst durch die Umlegung und die dadurch herbeigeführte Befreiung von dem bei unzureichender Grenzlage bestehenden tatsächlichen Zwang werden die Eigentümer der Grundstücke in die Lage versetzt, die letzteren zu dem unter den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen möglichen höchsten Ertrag zu bringen, sie mit den besten wirtschaftlichen Erfolge verpflanzenden Früchten zu bebauen und die Düngung sowie die Bestellung der Felder sachgemäß durchzuführen. Es soll daher mit dem neuen Gesetz den zu seiner Ausführung notwendigen Landbestandsbehörden die Handhabe gegeben werden, um das Zustandekommen von Umlegungen in jeder Weise zu fördern. Zu dem Zweck soll die Einleitung eines solchen Verfahrens nicht mehr von An-

Dass bei allen diesen vorbereitenden Ermittlungen und Verhandlungen mit der größten Sparlichkeit verfahren werden muss, ist selbstverständlich. Insbesondere muss der Kostentatrichter hinsichtlich der Kosten, besonders Kosten für den Grundausgleich, die mehr die Beteiligten betreffen, die ihn ohne ihn in die Lage setzen, wo er aufstehend und anstehend werden soll.

2. Bei der Auswahl der umliegenden Grundstücke und bei der Abgrenzung des Umfangsbezugs sind die Randstrukturbezüge fortan nicht mehr davon abhängig, wie weit sich etwa ein Grundstück, dessen Aufhebung früher Anlass zu einem Separationsverfahren gab, erstreckt. Solche Grundstücke sind zwar, wenn sie auf den umliegenden Grundstücken stehen, im Umfangsverfahren abzuheben. Es kann aber nicht mehr umgekehrt die Abgrenzung eines Umfangsbezugs die Umlegung der Grundstücke herbeiführen. Für die Einstellung neuer Sachen und ebenso für die Abgrenzung des Umfangsbezugs muss an erster Stelle die erhebliche Verbesserung der Randstruktur maßgebend sein. Hierbei sind namentlich auch die dem Staat aus der Abgrenzung der Sache entstehenden Kosten gebührend zu berücksichtigen. Wenn nicht eine den aufzuwendenden Kosten und zwar sowohl den Folgeertragskosten als auch den Lebenskosten und den staatlichen Regulierungskosten entsprechende Erhöhung der Meinerträge zu erwarten ist, wird die Umlegung nicht eingeleitet sein.

3. Ein allgemeines kann angenommen werden, dass, je kleiner die zu bearbeitende Fläche ist, um so höher die entstehenden Kosten namentlich für die Vermessung sein werden. Eine solche Gebietsabgrenzung muss daher erst als selbständige Umlegungen bearbeitet werden dürfen, nachdem geprüft ist, ob nicht auch für die angrenzenden Gebiete oder Gebietsanteile ein Bedürfnis nach Umlegung besteht. Im Falle der Verweisung muss die Bearbeitung des Gebietsanteils, selbst wenn die Beteiligten sie wünschen, zurückgestellt werden, bis auch die angrenzenden Teile mit bearbeitet werden können. Bei der Abgrenzung des Umfangsbezugs ist auf mögliche Abgrenzung zu sehen. Es sind z. B. lange und schmale Gebietsanteile, deren Vermessung und Aufstellung durch Abgrenzungsmäßig hohe Kosten verursachen würde, von der Umlegung zunächst auszuheben. Sollten sie etwa demselben

Grundstücke unterliegen, bzw. auch auf den umliegenden Grundstücken laßt, so kann dessen Aufhebung als Nebensache behandelt werden.

4. Gegenwärtige sachliche Umlegungen dürfen fortan nicht mehr neu eingeleitet werden. Die Umlegungsordnung hat nur eine Verbesserung der Lage z. B. Kultur zum Gegenstand, dazu gehört die Schaffung von sachlichem Ranglande (bei denen die Grenze zwischen Stadt und ländlicher Ortsgast (bei denen es nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zulässig ist, die Ortsgast ganz oder zum Teil zum Verfahren zuzulassen), liegt, wird im einzelnen Falle vielleicht nicht leicht zu entscheiden sein. Für viele Entschädigung ist, weil es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, selbstverständlich ohne Bedeutung, ob für eine Ortsgast die Erbschaftsordnung oder die Ranglandordnung gilt. Nach Lage der früheren Gesetzgebung konnte sich eine Erbschaftsordnung der früheren Gesetzgebung vertreten lassen, weil die Gründe nicht in der Lage waren, die unter Umständen dringend erforderliche Umlegung ihres Ranglandes selbst auszuführen. Nachdem aber durch das Preussische Wohnungsgesetz vom 28. März 1918 (Gesetzblatt S. 23) Artikel 1 Nr. 10 die Möglichkeit gegeben ist, das Gesetz betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. vom 28. Juli 1903 (Gesetzblatt S. 273) für den Bezirk einer Gemeinde auch ein von dem Reichsausschuss zu bestimmendes Ortsamt einzuführen, muß es den Gemeinden überlassen bleiben, von diesem Mittel in allen geeigneten Fällen Gebrauch zu machen. Die Ranglandverfahren haben sich daher fortan der Einstellung neuer Umlegungsverfahren ebenfalls für alle bisherigen Grundstücke zu entscheiden, für die das Gesetz vom 28. Juli 1903 bisher gemacht werden kann.

5. Eine neue Aufgabe bringt der § 3 Abs. 3 des Gesetzes. Stärkung letzter — dgl. § 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. April 1872 (Gesetzblatt S. 229), § 51 des Gesetzes vom 17. August 1876 (Gesetzblatt S. 377) — die Verlegung von Standen, Zeichen, Eisenbahnen, Eisenbahnen, die Verlegung oder Durchbrüche von Eisenbahnen, ähnliche Ereignisse nur den Anlass zur Wiederholung eines solchen bereits durchgeführten Umlegungsverfahrens geben konnten, gestattete die neue Vorschrift eine erstmalige Umlegung auch dann, wenn Ereignisse der vorbezeichneten Art eintreten. Hierbei ist ermöglicht, daß der Unternehmer bei der Herstellung von Standen, Zeichen, Eisenbahnen, Wegen, Wasserläufen usw. die

Mitwirkung der Landeskulturbehörde in Anspruch nimmt, um die durch Ausführung jener Anlagen der Landeskultur entstehenden Nachteile, z. B. unwirtschaftliche Durchschneidungen einzelner Grundstücke, zu beseitigen. Die Umlegung kann in solchen Fällen auf die nächstbeteiligten, sowie die zur Erzielung einer wirtschaftlich zweckmäßigen Planlage zuzuziehenden Grundstücke beschränkt werden. Ausgeschlossen ist eine solche eingeschränkte Umlegung bei Feldmarken, die einer wirtschaftlichen Umlegung bedürfen, einer solchen aber noch nicht unterliegen haben. Letztere Vorschrift ist zwingendes Recht; die Landeskulturbehörden sind nicht ermächtigt, Ausnahmen davon zuzulassen. Einem sich ergebenden Bedürfnis nach Beseitigung der ersten benannten Schäden würde vielmehr in einem solchen Falle nur durch Umlegung der ganzen Feldmark oder des ganzen Feldmarksteilchens abgeholfen werden können. Von größter Bedeutung ist die Vorschrift dagegen für nicht umlegungsbedürftige Feldmarken, weil durch sie die Anlage oder Erweiterung von Wegen, Gräben usw. erheblich erleichtert werden kann. Wird doch beispielsweise die Auflassung des zu der neuen Anlage verwendeten Grund und Bodens durch die Umlegung entbehrlich gemacht und durch die Übernahme des aufzustellenden Regels zum Grundbuch ersetzt. Die Vorschrift geht übrigens davon aus, daß der Plan der bezeichneten Anlagen bereits feststeht, der erforderliche Grund und Boden also bereits erworben und nicht etwa in dem einzuleitenden Umlegungsverfahren von allen Beteiligten noch aufzubringen ist.

6. Die Umlegung der Ortslage oder eines Teiles derselben zum Verfahren war bislang durch Verheitsbescheid der Beteiligten nur zulässig im Regierungsbezirk Wiesbaden. Während aber dort die Ortslage als Gemarkungsabteilung (§ 2 der Verordnung vom 2. September 1867, Gesetzblatt S. 1462) einen selbständigen Umlegungsbezirk bilden konnte, läßt das vorliegende Gesetz nur ihre Zugehörung zu einer Feldmark-Umlegung zu und auch nur für ländliche Ortslagen (siehe Ziffer 5 oben). Auch für die Einbeziehung der Ortslagen in das Umlegungsverfahren wird der Gesichtspunkt maßgebend bleiben müssen, ob von ihrer Umlegung eine erhebliche Verbesserung der Landeskultur zu erwarten ist, was bei der Herstellung von Dorfausgängen, Ausgleichung unwirtschaftlicher Grenzen, Herstellung besserer Zufahren zu den einzelnen Gehöften, Erweiterung der Dorfstraße usw. der Fall

sein kann. Lebigh die Neumessung der Ortslage und Vertiefung und Bereinigung des Grundbuchs würde dagegen die Zuziehung der Ortslage zum Verfahren nicht rechtfertigen können.

7. Um für die Eingleitung neuer Umlegungen die nötigen Unterlagen zur Hand zu haben, werden die Landeskulturbehörden es sich aneignen, welche Feldmarken in den einzelnen Kulturamtsbezirken, rein objektiv betrachtet, noch umlegungsbedürftig sind. Den hierzu erforderlichen Ermittlungen werden zweckmäßig die Katasterarten zugrunde gelegt. Für die Reihenfolge, in der in die Bearbeitung eingetreten ist, ist zeitige Beteiligung mit den Organen der allgemeinen Landesverwaltung geboten, einmal um diese bei der Lösung der von ihnen auf dem Gebiete des Wege- und Wasserbaues obliegenden Aufgaben zu unterstützen, und dann auch um ihre Kenntnis der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden, die vielleicht zeitweilig durch hohe Ausgaben für andere öffentliche Zwecke: Schulbauten, Anlagen von Wasserleitungen, Straßenanlagen usw. stark belastet sind, zu veranlassen und berücksichtigen zu können und ihre Mitwirkung bei der etwa notwendig werdenden Aufklärung der Beteiligten über die Vorteile des Umlegungsverfahrens zu sichern. Wesentlich ist auch, daß nicht etwa erst Feldmarken in Bearbeitung genommen werden, die hinsichtlich der Vorlast von unterhalb gelegenen Feldmarken abhängig sind, für diese letzteren muß vielmehr das Verfahren zuerst eingeleitet werden. Wert ist ferner darauf zu legen, daß unter übrigens gleichen Verhältnissen diejenigen Gemeinden zuerst bearbeitet werden, in denen die Beteiligten das größere Entgegenkommen zeigen, weil erwartet werden kann, daß das Verfahren sich dann glatt und schnell abwickelt. Die daraus zu erhaltenden, in die Augen springenden Vorteile werden mehr als alle Worte dazu beitragen, andere Gemeinden zu veranlassen, dem Beispiel jener Gemeinden zu folgen und darauf zu bringen, daß auch bei ihnen das Umlegungsverfahren eingeleitet werde.

8. Hinsichtlich der Anzahl der einzuleitenden neuen Sachen ist davon auszugehen, daß künftig Verfahren von Beamten tunlichst vermieden werden müssen. Es ist also ein weitestmöglichender Arbeitsplan aufzustellen, der sich dem vorhandenen Personal anzugleichen hat, so daß dieses, namentlich das Verwaltungs-personal, stets gleichbleibend mit Arbeit in den verschiedenen

Elabien — Augenarbeit und häusliche Arbeit — versorgt ist. Selbstverständlich kann ein solcher Arbeitsplan nur in großen Zügen aufgestellt, und es darf nicht statt an ihm festgehalten werden, die nötige Bewegungsweise muß bestehen bleiben, um auch sich entwickelnden unvorhergesehenen Ereignissen, Einmischung der Beteiligten usw. sich anpassen zu können.

9. Nach der Termine nach § 5 Abs. 1, in dem die Beteiligten über die Voraussetzungen der Umlage und der Bildung des Umlagebezirks zu hören sind, ist, ihnen ein möglichst flares Bild von dem, was mit dem Umlageverfahren erreicht werden soll, und namentlich von den daraus entstehenden Kosten und der Art ihrer Aufbringung zu geben. Es empfiehlt sich, diesen Termin erst anzuberaumen, nachdem der Kulturanitätsvorsteher vorher in geeigneter Weise festgestellt hat, ob eine größere Anzahl Beteiligter mit Einleitung des Verfahrens einverstanden ist. Für die Höhe der zu erwartenden Kosten werden in den meisten Fällen die in der Nachbarschaft bereits ausgeführten Umlagen ausreißende Anhaltspunkte geben. Hinzu zu sagen über die Gewährung etwaiger Beihilfen aus öffentlichen Mitteln oder über die Höhe der festzusetzenden Regulatorkosten dürfen den Beteiligten um so weniger gemacht werden, als es zweifelhaft ist, inwieweit die Finanzlage des Staates die Gewährung von Beihilfen fortan noch gestatten wird. Dagegen wird es Aufgabe des Kulturanitätsvorstehers sein, den Beteiligten auf deren Wunsch bei der Beschaffung von Darlehen beihilflich zu sein.

10. Zur Durchführung des Schutzes der Naturschönheiten der dem Umlagebezirk unterworfenen Gemarkung (§ 13 des Gesetzes) gemäß der § 28 des Gesetzes über Landesnaturbehörden vom 3. Juni 1919 (Gesetzsamml. S. 101) dem Kulturanitätsvorsteher die erforderlichen Befugnisse. Diese reichen aber nur bis zu Beobachtung des Verfahrens, mit dessen Ende auch die Zuständigkeit des Kulturanitätsvorstehers aufhört. Um den Schutz der Naturschönheiten auch für die Zukunft in geeigneter Weise sicherzustellen, wird es sich empfehlen, den für die Erhaltung der Naturschönheiten erforderlichen Grund und Boden unter der Beteiligung als gemeinshaftliche Anlage oder den Körperschaften des öffentlichen Rechts als Eigentum mit der im Gesetz festzulegenden Bestimmung ihrer zukünftigen Erhaltung zu überweisen.

11. Die zur Zeit herrschenden, außer ungünstigen Weltverhältnisse lassen es geboten erscheinen, bei der Durchführung eines Umlageverfahrens mit der größten Sparsamkeit zu verfahren. Das gilt sowohl von der Vermeidung der bei den ökonomischen Arbeiten, insbesondere bei den Einsparungs- (Montierung-) und Vernehmungsarbeiten erforderlichen Arbeiter, als auch von der erspönglichen Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen. Kostspielige Wege, Straßen und Brückenbauten sind zu vermeiden und durch einfache Anlagen zu ersetzen. Der Zutritt muß es überlassen bleiben, die vorläufigen Einsparungsarbeiten durch bessere Anlagen zu ersetzen, z. B. Brücken an Stelle von Durchläufen zu erbauen, Durchläufe und Fußgänger durch massive Bauwerke zu ersetzen, Wege zu harten und bergleichen mehr.

12. Im Falle des Widerspruches — § 6 Satz 3 — hat die Gemarkung auf Grund der abgeschlossenen Verhandlungen über die Zulässigkeit des Verfahrens zu beschließen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Höhe der zu erwartenden Kosten auf die Entscheidung von Einfluß ist. Sollte das der Fall sein, so werden hierüber in geeigneter Weise schon vor der Verberichtigung des Beschlusses die nötigen Feststellungen zu treffen sein. Durch den Beschluß über die Zulässigkeit des Verfahrens wird nicht auch gleichzeitig über seine tatsächliche Einleitung entschieden. Die Entscheidung hierüber ist Sache des Landes-Kulturanitätsvorstehers.

Berlin, den 15. März 1921.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Braun.

Geisäfts-Nr. I B I b 2010.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 63 bis 66

Dienstjubiläen - Dienstjubiläen - Dienstjubiläen - Dienstjubiläen

Die LKV-Nachrichten gratulieren

Zum 40jährigen Dienstjubiläum

27.03.1984	Erich Kirsch	b.g.V.T.	Trier
01.04.1984	Ludwig Becher	b.g.V.T.	Bad Kreuznach
01.04.1984	Hermann Breimann	b.g.V.T.	Prüm
01.04.1984	Theodor Buschbaum	b.g.V.T.	Kaiserslautern
01.04.1984	Anton Göbel	b.g.V.T.	Trier
01.04.1984	Nikolaus Herrmann	b.g.V.T.	Trier
01.04.1984	Herbert Nink	b.g.V.T.	Bad Kreuznach
01.04.1984	Jakob Nöthen	b.g.V.T.	Mayen
01.04.1984	Willi Peters	b.g.V.T.	Lurest
01.04.1984	Wolfgang Schmidt	b.g.V.T.	Lurest
01.04.1984	Konrad Schneider	b.g.V.T.	Bad Kreuznach
01.04.1984	Walter Theisen	b.g.V.T.	Mayen
15.04.1984	Hans Werner Gassen	VA	Mayen
26.04.1984	Heinz Güttler	VA	Bad Kreuznach
01.06.1984	Heinz Kraft	b.g.V.T.	Westerburg
01.06.1984	Rudolf Schäfer	b.g.V.T.	Bad Kreuznach
08.07.1984	Günther Schweizer	VOAR	Worms
17.07.1984	Gerhard Doll	b.g.V.T.	Neustadt/Weinstr.
01.08.1984	Johann Hiedels	AI	Prüm
01.08.1984	Rupert Klauer	VAR	Kaiserslautern
18.12.1984	Ulrich Breh	LRD	Bad Kreuznach
21.12.1984	Wendelin Schughart	Reg.Ang.	Westerburg

Zum 25jährigen Dienstjubiläum

01.10.1984	Dr. Ernst Friedrich Meier	Reg.Ang.	Kaiserslautern
------------	---------------------------	----------	----------------



Literaturhinweise - Publikationen - Rechtsprechung

- | | |
|----------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Günter Emig | Beschlüsse und Wahlen der
Teilnehmergemeinschaft

Recht der Landwirtschaft 3/1984,
Seite 59 |
| Günter Emig | Spruchstelle für Flurbereinigung
des Landes Rheinland-Pfalz

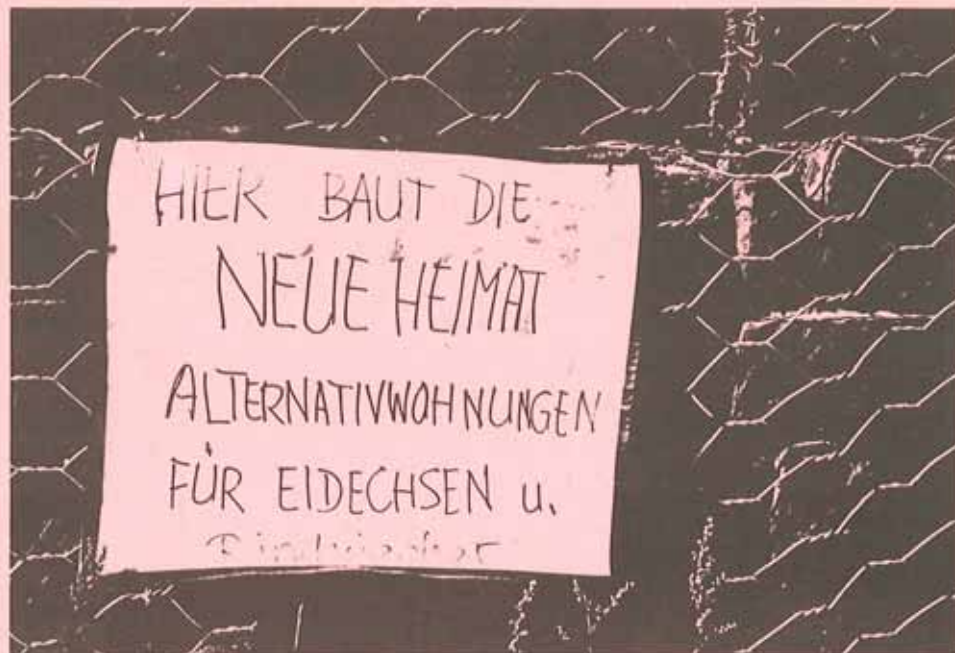
Recht der Landwirtschaft 5/1984,
Seite 115 |
| Günter Emig | 30 Jahre Spruchstelle für
Flurbereinigung

Der Pfälzer Bauer 20/1984,
Seite 9 |
| Günter Emig | Das Masseland in der Flurbereinigung
Agrarrecht 4/1984, Seite 88 |
| Dr. Theodor Hoerster | anno 1983 - Bodenordnung aus der
Sicht eines praktischen Landwirts -
Zeitschrift für Kulturtechnik und
Flurbereinigung 6/1983, Seite 352 |
| Dr. Ingo Fleck | Flurbereinigung und Jagd
Wild und Hund 9/1983, Seite 30 |
| Dr. Hubert Spaetgens | Das beschleunigte Zusammenlegungs-
verfahren in Rheinland-Pfalz
Vermessungswesen und Raumordnung
(VR) 46/6 Sept. 1984, S. 298 |
| Ulrich Stanjek | Flurbereinigung zwischen Landent-
wicklung und Stadtentwicklung,
aufgezeigt am Beispiel
Mainz-Gonsenheim

Vermessungswesen und Raumordnung
(VR) 46/6 Sept. 1984, S. 305 |

Felix Zillien	Bodenrutschungen in Weinbergslagen Der Landbote 34/1983
Felix Zillien	Die Flurbereinigung: Auftrag auch an die Landschaft Der Landbote 44/1983
Felix Zillien	Anbauregelung nach dem Weinwirt- schaftsgesetz in der Flurbereinigung Pfälzer Bauer 37/1983
Felix Zillien	Wassergesetz des Landes Rheinland-pfalz Recht der Landwirtschaft 5/1983, Seite 13 und 6/1983, Seite 143
Felix Zillien	Förderung des Dorfes Rheinische Bauernzeitung 19/1983
Felix Zillien	Bauen im Außenbereich Der Landbote 15/1983 und Pfälzer Bauer 44/1983

Aufgelesen - Aufgelesen - Aufgelesen - Aufgelesen - Aufgelesen



Dieses an einer Gabionenmauer der Flurbereinigung Deidesheim-Forst von einem Unbekannten angebrachte "Firmenschild" entdeckte unser Mitarbeiter, Vermessungsdirektor Robert Griebemer (Bezirksregierung Neustadt), für die LKV-Nachrichten. Wir stimmen dem anonymen Verfasser darin zu, daß gerade Gabionenmauern besonders geeignete Lebensräume für Eidechsen sind und deshalb die Bezeichnung "Alternativwohnungen" zu Recht verdienen. Für "Rindviecher" erscheint uns die Bauweise allerdings doch etwas unbequem.

